Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Enquetekommission
EKPr 17/29
01.02.2021

Enquetekommission V

14. Sitzung (öffentlicher Teil)[1]

1. Februar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Markus Diekhoff (FDP)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Klimaschutz und nachhaltige Ressourcennutzung in NRW **3**

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

* * *

[1] nichtöffentlicher Teil mit TOP 2 bis 5 siehe nöEKPr 17/101

Vorsitzender Markus Diekhoff: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Sachverständige! Ich hoffe, Sie im Stream können mich hören. Ist das der Fall? – Ich sehe positive Reaktionen und hoffe, dass sich dieses Störgeräusch, das wir gerade auch hören konnten, gleich erledigt.

Ich heiße Sie zur 14. Sitzung der Enquetekommission V recht herzlich willkommen. Ich begrüße zur heutigen Sitzung die Mitglieder der Kommission, die Sachverständigen, die wissenschaftlichen Referentinnen und Referenten sowie unsere Gäste. Gäste sind heute Herr Professor Dr. Greef vom Julius Kühn-Institut, der uns per Video zugeschaltet ist, Frau Labonte von der Landwirtschaftskammer NRW, Herrn Limburg vom Europäischen Institut für Klima & Energie, EIKE, der uns ebenfalls per Video zugeschaltet ist, Frau Professor Dr. Schlacke von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster – auch sie ist uns per Video zugeschaltet – sowie Herrn Dr. Springmann von der University of Oxford; auch er ist uns per Video zugeschaltet. Schön, dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 17/1665 zugegangen. Gibt es Ihrerseits Änderungsbedarf zur vorliegenden Tagesordnung? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Ich habe allerdings etwas anzumelden, und zwar möchte ich den TOP 3 „Besprechung Änderungsantrag 114 von Kapitel 4.4“ und den TOP 4 „Besprechung Text-Nachbearbeitung auf Referentenebene“ ergänzen, sodass „Verschiedenes“ unter TOP 5 besprochen wird.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Herr Limburg meldet sich! Er kann uns zwar alle sehen, aber er ist nicht in der Lage, sich zuzuschalten!)

– Die Technik hat den Hinweis mitbekommen. Wir kümmern uns darum.

Unter „Verschiedenes“ möchte ich dann den Punkt „Arbeit in der Referentenrunde“ ansprechen.

Gibt es Widerspruch gegen diese Ergänzung der Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen damit zu:

Klimaschutz und nachhaltige Ressourcennutzung in NRW

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage)*

Sehr geehrte Sachverständige im Stream und auch hier vor Ort, im Namen der Enquetekommission V möchte ich Ihnen meinen ausdrücklichen Dank für Ihre heutige Teilnahme und die bereits bereitgestellten Stellungnahmen aussprechen. Unsere Arbeit lebt davon, dass wir externen Sachverstand und Input von Leuten bekommen, die auf ihrem Gebiet große Expertise haben. Das ist uns auch heute gelungen, und insofern danke ich Ihnen, dass Sie bereit waren, eine Stellungnahme abzugeben und heute Ihre Zeit für uns zu opfern. Uns liegt auch eine Stellungnahme von Herrn Professor

Dr. Köpke vom Institut für Organischen Landbau der Universität Bonn vor; auch diese wird in die Arbeit der Enquete einfließen.

(Es folgen organisatorische Hinweise.)

Bevor wir mit der Anhörung beginnen, möchte ich Sie fragen, ob das jetzt alles verstanden wurde, was ich gesagt habe. – Das scheint der Fall zu sein.

Dann steigen wir in die erste Runde ein, und ich darf Herrn Professor Greef das Wort erteilen.

Prof. Dr. Michael Greef (Julius Kühn-Institut, Braunschweig): Mein Name ist Greef, und ich komme vom Julius Kühn-Institut, Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde, Braunschweig. Eine kurze Bemerkung vorab: Ich habe den Fragenkatalog erst recht spät bekommen. Deswegen mache ich auch nur allgemeine Anmerkungen dazu.

Für Nordrhein-Westfalen sehe ich den Hauptwertschöpfungsfaktor in der Tierproduktion. Dem nachgeschaltet ist folglich die Futterproduktion auf den Ackerflächen, und solange die Tierproduktion auf diesem hohen Leistungsniveau ist, muss auch die Futterproduktion auf einem hohen Niveau sein. Daraus ergeben sich eigentlich keine großen Spielräume hinsichtlich der ackerbaulichen Verschiebungen in Bezug auf die Kulturen. Auch für Klimaanpassungen sind da nur kleine Spielräume gegeben. Das soll bedeuten, im Großen und Ganzen fußt die Futterproduktion auf Weizen und Silomais. Die muss auf diesem Niveau sein. Man kann vielleicht noch die Gerste dazurechnen. Das sind alles energieliefernde Futterpflanzen, die Kohlenhydrate produzieren. Eiweißpflanzen werden praktisch nicht angebaut, bis auf Raps.

Das bedeutet, dass wir eine Eiweißlücke in der Versorgung der Tiere haben. Die beläuft sich im Selbstversorgungsgrad auf 45 %. Der Rest muss aus Importen eingeführt werden. Wie bekannt, ist das über Soja und weitere Extraktionsschrote der Fall. Das heißt, um diese Tierproduktion aufrechtzuerhalten, leisten wir uns den Luxus, auch entsprechende Schattenflächen zu beanspruchen, die in der Fläche umfangreich sind. Und alles, was zu Änderungen in der baulichen Nutzung führen würde, würde wieder eine Verlagerung ins Ausland bedeuten. Ich spreche damit auch die Ökologisierung an, die letztendlich mehr oder weniger auch das Leistungsniveau dieser intensiven Kulturen beeinträchtigen würde.

Das Gleiche gilt auch für die Klimaanpassungsmaßnahmen, die notwendigerweise eingeleitet werden müssen. Denn wenn wir nicht anpassen werden, wird das Klima das von sich aus tun. Das heißt, die Trockenheit wird dazu führen, dass die Pflanzenbestände aufgrund des Wassermangels dünner werden usw. Um uns diesem Effekt anpassen zu können, brauchen wir langjährig tragfähige Maßnahmen, die zumindest nicht kurzfristig wirken werden. Konzentrieren wird sich das auf den Weizenanbau mit einer verstärkten Verschiebung in den Körnermais. Das bedeutet, dass hauptsächlich die umfangreichen Flächen der Börden davon betroffen sind.

Ich mache einen kurzen Ausblick auf die Köln-Aachener Bucht. Dort findet hauptsächlich Zuckerrüben- und Gemüseproduktion statt. Selbst dort sind die Anpassungsmaßnahmen schwierig. Denn alles, was die Zuckerrübe während Trockenperioden letztendlich am Leben erhält, ist die Bewässerung. Und hier stellt sich die Frage, ob das

nicht aufgrund der speziellen Intensität zukünftig eher in den Gemüseanbau verlagert werden sollte.

Letztendlich ist die Fleischproduktion in Großstrukturen organisiert. Das ist sozusagen der Fleischgürtel rund um das Ruhrgebiet. Das ist historisch so gewachsen. Wenn man hier Änderungen erreichen wollte, würde das umfangreiche strukturelle Anpassungen, die vor allem im nachgelagerten Verarbeitungsbereich liegen, bedeuten. Alle anderen vorgeschalteten Bereiche, vor allem der Futterproduktion, würden sich in einer marginaleren Dimension abspielen. – So weit mein Statement.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Vielen Dank. – Ich möchte mich noch – das sehen Sie im Stream nicht – für das Chaos auf den Bildschirmen entschuldigen. Das liegt daran, dass ein Teilnehmer seine Bildschirmfreigabe aktiviert hat. Daher rücken zum einen Dinge in den Fokus, die wir eigentlich gar nicht sehen möchten, und zum anderen verhindert das, dass unser Administrator das Bild des Redners groß zeigen kann. Nur damit Sie das wissen. – Ah, kaum spricht man darüber, passiert es schon. Wunderbar.

Dann hat jetzt Frau Labonte das Wort. Bitte schön.

Caroline Labonte (Landwirtschaftskammer NRW): Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke, dass ich heute hier sein darf und Sie der Landwirtschaftskammer und mir die Gelegenheit geben, sich zu den Themen zu äußern.

Wie sieht es aus? In NRW haben wir in den letzten fünf Jahren viel über Starkregen, Dürre, Ertragsausfälle und – wir können mal aus dem Fenster schauen – Hochwasser diskutiert. Die landwirtschaftlichen Betriebe suchen für alle diese Ereignisse betriebsindividuelle Lösungen, um auf diese besser ausgerichtet zu sein. Wir gehen davon aus, dass dies die Vorboten des Klimawandels sind,

(Lachen von Dr. Christian Blex [AfD])

an die wir uns auch alle anpassen müssen. Dies ist die Hauptaufgabe für alle landwirtschaftlichen Betriebe mit jeder Entscheidung, die sie treffen.

Doch was kann auch die Landwirtschaft zum Klimaschutz beitragen? NRW ist für 2,9 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich. In NRW sind wir aber nicht der Sektor mit den höchsten Emissionen; andere Sektoren sind viel bedeutender. Aber die Arbeit mit den natürlichen Ressourcen ist eine Besonderheit, die die anderen Sektoren so nicht haben. Wir arbeiten mit den natürlichen Ressourcen und erzeugen dadurch natürliche Emissionen, die nicht so einfach zu beeinflussen sind. Sie sind allerdings im geringen Maße mit moderner Technik und Digitalisierung noch gut zu beeinflussen.

Die Erzeugung regionaler Produkte kann insbesondere den CO_2-Ausstoß durch den Transport verringern.

(Lachen von Dr. Christian Blex [AfD])

Auch eine nachhaltige Steigerung der Effizienz ist ein aktiver Beitrag zum Klima- und Ressourcenschutz. Hier ist in den letzten Jahren schon viel passiert, und das kann

man auch an den Zahlen sehen. Laut Thünen-Institut zeigen die Treibhausgasemissionen der letzten 30 Jahre, dass es schon zu Verminderungen gekommen ist. Was man den Zahlen allerdings nicht ansieht, ist, dass wir seit 1990 auch eine gesteigerte Produktion haben. Trotzdem sind die Emissionen weiter gesunken.

Wie sieht zum Beispiel der Einfluss der Ernährung und der Konsumgewohnheiten in NRW aus? Die Ernährungsgewohnheiten ändern sich langsam, aber stetig, insbesondere durch größeres Interesse an Ernährung, aber auch an den Lebensmitteln und der Herstellung von Lebensmitteln. Diese Änderungen vollziehen sich aber noch sehr langsam und spiegeln sich in der Produktion noch nicht in dem gewünschten Maße, wie es diskutiert wird, wider.

Man muss das etwas differenzierter betrachten. Der Lebensmitteleinzelhandel bietet ein umfassendes, vielfältiges Angebot von Lebensmitteln aus Deutschland, aus NRW, aus der EU und aus der ganzen Welt an. Unsere heimische Produktion ist effizient. Wir können hier unter sehr günstigen klimatischen Bedingungen produzieren. Was den Wasserverbrauch der Landwirtschaft angeht, so sind wir bei ungefähr 2 % der Wasserentnahme in NRW. Das zeigt auch, dass wir unter besonders effizienten Produktionsbedingungen wirtschaften können, im Gegensatz zum internationalen Vergleich, wo viel mehr Wasser verbraucht wird als in unseren Breitengeraden.

Der Carbon-Leakage-Effekt beschreibt die Verlagerung ins Ausland, und für energieintensive Industriezweige, wie zum Beispiel für die Aluminiumproduktion, wird das auch diskutiert. Die Besonderheiten werden dann im CO_2-Preis und im Zertifikatshandel berücksichtigt. Die Landwirtschaft ist in dieser Diskussion derzeit nicht vertreten. Wir haben hier aber eine Besonderheit: Wenn eine Verlagerung ins Ausland erfolgt, ist es nicht so wie bei der Aluminiumproduktion, dass der Firmensitz verlagert wird und die Produktion und die Mitarbeiter abwandern. Vielmehr kommt es zu einem Verlust der Lebensgrundlage für unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Im schlimmsten Fall kommt es zur Aufgabe dieser Betriebe. Es findet also keine Verlagerung, sondern eine Aufgabe der Produktion hier vor Ort statt.

Eine genaue Ermittlung dieses Effekts findet derzeit nicht statt. Wir wissen nicht, wie genau wir versorgt sind. Wir können diese Punkte beim Thema „Klimaschutz“ auch nicht einschätzen. Hier fehlt eine Datengrundlage, um auch politisch diskutierte Maßnahmen zu bewerten. Wir alle üben mit unserem Konsum – auch die landwirtschaftlichen Betriebe mit Bewirtschaftung, Bodennutzung –, aber auch die Politik mit Förderung Einfluss auf den Klimaschutz in NRW, in Deutschland, in der EU, aber im Prinzip auf der ganzen Welt aus. Je weniger wir selber produzieren, desto mehr muss aus anderen Ländern importiert werden, möglicherweise mit weniger Standards beim Thema „Klimaschutz“, aber auch beim Tierwohl und Arbeitsschutz, der für unseren Konsum hier importiert wird. Wir sehen also eine effiziente regionale Produktion als kleinen Baustein in die richtige Richtung für den Klimaschutz, die zudem auch noch sehr sozialverträglich für die heimische Landwirtschaft wäre. – Danke schön.

Michael Limburg (EIKE e. V.): Die Enquetekommission soll Lösungen finden, die den Spagat zwischen Klimaschutz, Umweltschutz und gesunder Ernährung ermöglichen

soll, vorzugsweise durch kleine lokale landwirtschaftliche Betriebe. Der Vorsatz ist löblich. Doch wie so oft in der Politik wird schon im Ansatz das Wünschenswerte mit dem Machbaren verwechselt. Denn machen wir uns nichts vor: Wenn nichts Revolutionäres, Umwälzendes passiert, ist der Zug abgefahren.

Warum? Aufgrund der begrenzten Zeit und weil die Zahl der notwendigerweise zu ändernden Vorschriften und Vorgaben, die den hiesigen Betrieben das Leben schwer machen, schier Legion ist, kann ich mich hier nur auf den Klimaaspekt beschränken.

Er beschreibt meiner Meinung nach die neue Religion unserer Zeit. Im Antrag und in den Fragen wird diverse Male der Begriff „Klimaschutz“ imperativ verwendet. Die Autoren versteigen sich sogar zu der Formulierung, dass uns der Klimawandel vor große und drängende Herausforderungen stelle und dass die Landwirtschaft selbstverständlich einen Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele leisten müsse. Doch das ist ein Ding der Unmöglichkeit, und zwar nicht nur für die Landwirtschaft, wie ich Ihnen gleich zeigen werde.

Im Ihnen bereits vorliegenden schriftlichen Statement konnte ich darlegen, dass sich das Klima nicht von dem im gesamten Deutschland unterscheidet und welches die Ursachen für dessen Entwicklung waren. Und daraus kann man die wichtigste Frage ableiten: Ist die Landwirtschaft in NRW, ob mit oder ohne staatliche Maßnahmen, überhaupt in der Lage, das Regionalklima in NRW – und nur darum kann es gehen – positiv zu beeinflussen?

Die Antwort darauf lautet schlicht und einfach Nein, vom Mikroklima mal abgesehen. Das wissen eigentlich alle. Doch sobald das so festgestellt wird, kommt die merkwürdige Idee, man müsse doch Vorreiter sein. Nur – und das wissen auch alle –, so gut wie niemand außerhalb der EU folgt dem Vorreiter. Und ob die USA jetzt mehr als Lippenbekenntnisse ablegen, muss sich auch erst noch zeigen.

Doch zurück zu Deutschland und der Landwirtschaft hier. Es wird seit Langem unterstellt, wenngleich auch nie nach objektiven wissenschaftlichen Kriterien bewiesen, dass die anthropogen induzierten Treibhausgase die Temperatur der Atmosphäre nach oben treiben, und zwar in gefährliche Höhen. Das zeigten die Klimamodelle.

Doch dass dies für NRW ebenso wenig gilt wie für Deutschland als Ganzes, habe ich Ihnen im schriftlichen Statement dargelegt. Doch gesetzt den Fall, das stimmte: Was bedeutet das für NRW?

Deutschland emittiert knapp 900 Millionen Tonnen CO_2 äq. Treibhausgase jährlich. NRW hat daran insgesamt einen Anteil von 25 % – das sind rund 225 Millionen Tonnen –, seine Landwirtschaft allein nur 7,5 Millionen Tonnen. Schon das ist also in jeder Hinsicht bedeutungslos.

Doch zurück zur Hauptfrage. Das IPCC bzw. seine zuarbeitenden Wissenschaftler haben Formeln entwickelt, nach denen man glaubt, den Einfluss der Treibhausgase auf die Temperatur berechnen zu können. In vereinfachter Form erlauben diese, die Temperaturänderung zu berechnen, die durch die Änderung der Konzentration dieser Treibhausgase irgendwann in ferner, unbekannter Zukunft eintreten würde.

Bei Anwendung der theoretisch stärksten Einflussgrößen, dass sich nämlich die Temperatur bei Verdopplung um über 3 Grad Celsius erhöhte, ergibt sich, wenn Deutschland seine Emissionen sofort auf null senkte – also nicht nur der gesamten Industrie, sondern auch der gesamten Landwirtschaft –, also von heute auf morgen von der Klimalandkarte dauerhaft komplett verschwände, eine maximale Minderung der potenziellen Steigerung von nur 0,000658 Grad Kelvin. Und NRWs Anteil betrüge davon nur ein Viertel. Das sind 1,66 Zehntausendstel Grad.

Streckte man die Reduktion hingegen bis zum Jahr 2100, dann betrüge der Einfluss immerhin 0,01 Grad bis 0,05 Grad. Das ist zwar deutlich mehr, aber immer noch so wenig, dass es weder messbar noch fühlbar noch in irgendeiner Weise wirksam wäre. Selbst der größte Beitrag ist dünner als die Strichdicke der Gradeinteilung Ihres Außenthermometers. Es ist buchstäblich nichts.

Doch nicht mal das wird eintreten. Denn die anderen Länder– voran China und Indien – denken nicht im Traum daran, ihre CO_2-Emissionen zu drosseln. Seit Kyoto sind die CO_2-Emissionen weltweit um mehr als 50 % gestiegen.

China, USA, Indien, Russland verursachen zusammen mehr als 50 % der weltweiten CO_2-Emissionen. Die USA sind zwar wieder in das Pariser Klimaabkommen eingestiegen, die anderen vier aber fahren ihre Emissionen deutlich hoch oder tun nichts. Und sie haben auch gute Gründe dafür. Denn sie wollen raus aus der Armut.

Das Problem liegt also ganz woanders, zum Beispiel in Afrika. Afrika emittiert zwar nicht viel CO_2, schickt aber dafür viele junge und manchmal aggressive Menschen nach Europa. Ihre Motive sind Armut und Überbevölkerung. Über 800 Millionen Menschen haben dort so gut wie keinen Zugang zu Elektrizität. Zugang heißt laut UNO mindestens eine 60-W-Lampe für vier Stunden am Tag.

4,3 Millionen Menschen sterben jährlich wegen der Luftverschmutzung durch offene Kochstellen. 500.000 Gebärende müssen jährlich sterben, weil die Geburt im Dunkeln ausgeführt werden muss. Das dürfen wir nicht länger zulassen. Deswegen werden dort fossil befeuerte Kraftwerke gebaut – Kraftwerke, die billigen Strom erzeugen.

Wenn Sie also hierzulande etwas ändern wollen, dann befreien Sie die Landwirtschaft von den bürokratischen Fesseln, die ständig enger angezogen werden. Befreien Sie sie vor allem von zu engen Grenzwerten, wie sie beispielsweise durch die Düngemittelverordnung weltfremd verlangt werden, und lassen Sie die Landwirte ihren Job machen. Dann wird es auch was mit gesunder, effektiv erzeugter Ernährung, geliefert von lokalen Betrieben. So einfach kann das sein. – Danke.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich an dieser Sitzung der Enquetekommission teilnehmen darf. Ich bin Professorin für öffentliches Recht an der Universität Münster und gleichzeitig Co-Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen.

Bin ich gut zu hören und auch zu sehen?

Vorsitzender Markus Diekhoff: Wir sehen Sie, und wir hören Sie auch. Allerdings hören wir Sie nicht besonders gut.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Nicht besonders gut?

Vorsitzender Markus Diekhoff: Nein, nicht besonders gut. Das liegt bestimmt an der Verbindung. Die Qualität schwankt, aber generell ist Ihre Stimme etwas verwaschen.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Dann versuche ich einmal, etwas an meinem Mikro zu ändern. – Ist es besser geworden?

Vorsitzender Markus Diekhoff: Etwas, ja.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Gut. Dann versuche ich es noch einmal.

Wir als Wissenschaftlicher Beirat haben der Bundesregierung im November des letzten Jahres unser Hauptgutachten „Landwende im Anthropozän: von der Konkurrenz zur Integration“ überreicht, und auf dieses Gutachten, sozusagen runtergebrochen auf die Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen, stützt sich die Stellungnahme, die ich zusammen mit Herrn Dr. Siegmeier, dem wissenschaftlichen Referenten der Geschäftsstelle, erstellt habe.

In aller Kürze möchte ich im Wesentlichen fünf Bausteine benennen, die sozusagen für Nordrhein-Westfalen relevant werden können. Denn wir müssen zur Kenntnis nehmen: Klimawirkungen und Ressourcenverbrauch durch Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion sind in Nordrhein-Westfalen im deutschen und im globalen Vergleich überdurchschnittlich und signifikant. Zugleich sind die aktuellen Formen der Landnutzung und der Landwirtschaft selbst zunehmend von den Folgen des Klimawandels betroffen. Landnutzung und Landwirtschaft sind neben den Folgen des Klimawandels in hohem Umfang mitverantwortlich für Lebensraum- und Biodiversitätsverluste. Sie sind Teil eines mittel- und langfristig nicht nachhaltigen Ernährungssystems.

Aus unserer Sicht bedarf es einer Wende hin zum nachhaltigen Umgang mit Land und seinen Ressourcen. Das ist unabdingbar und dringend, und dafür müssen Ansätze einer Landnutzung gefunden werden, die neben der Ernährungssicherheit den dringend notwendigen Biodiversitäts- und Klimaschutz gewährleisten. Der WBGU nennt solche das Trilemma der aktuellen Landnutzung adressierende Ansätze „Mehrgewinnstrategien“. Diese betreffen unter anderem die Ökologisierung der Landwirtschaft, auf der Verbrauchsseite das Ernährungssystem und die stoffliche und energetische Nutzung von Biomasse sowie das Wassermanagement der Landwirtschaft.

Für Nordrhein-Westfalen haben wir dieses Konzept runtergebrochen, und als ersten Baustein möchte ich benennen, dass Transparenz durch Informationsauswertung gewährleistet werden muss.

Um die systemisch-übergreifenden Auswirkungen von Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion auf den Klimawandel, den Biodiversitätsrückgang und das Ernährungssystem zu bewerten, fehlt es an einer übergreifenden Zusammenstellung, Analyse und Bewertung der landwirtschafts- und ernährungsbezogenen Emissionsdaten in NRW. Wir gehen davon aus, dass diese Daten bei den zuständigen Landesämtern vorhanden sind, aber sie müssen mit einem systemischen Blick zusammengeführt und ausgewertet werden.

Der zweite Baustein, der aus unserer Sicht wichtig ist, beinhaltet, dass die Ökologisierung der Landwirtschaft gestärkt und vorangetrieben werden muss. Eine Ökologisierung der Landwirtschaft sollte in Nordrhein-Westfalen durch regional angepasste, integrative Ansätze sowie Beratung und lernende Politikinstrumente, gegebenenfalls auch durch Einführung von Experimentierklauseln, erfolgen.

Wir empfehlen, auf eine Diversifizierung von Landwirtschaftssystemen zu setzen, die es erlaubt, Flächen vielfältig und multifunktional zu nutzen, zum Beispiel in Agroforstsystemen, die Bäume mit Ackerbau oder Tierhaltung zu kombinieren oder Agrophotovoltaik durchzuführen, wo Ackerfrüchte durch Solarpanel vor zu viel Sonneneinstrahlung geschützt werden. Eine kreislauforientierte Landwirtschaft sollte gefördert werden.

Dazu sollten der nordrhein-westfälische Gesetzgeber und die zuständigen Verwaltungsbehörden ihre Spielräume im Rahmen der neu aufgesetzten Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union im Sinne einer Ökologisierung der Landwirtschaft nutzen. Es gibt Spielräume – dazu haben wir in unserer Stellungnahme Ausführungen gemacht –, wie man die Subventionen ökologisieren kann, und zwar viel stärker, als das jetzt mit der kommenden GAP geplant ist, die von 2021 bis 2027 Gültigkeit beansprucht.

Der dritte Baustein, den ich Ihnen nahelegen möchte, ist das Planungsrecht. Planungsinstrumente sollten genutzt werden, um eine Transformation der Landwirtschaft hin zu Klimaneutralität zu bewirken. Aus unserer Sicht sind radikale Emissionsreduktionen in allen Sektoren notwendig, nicht nur in der Landwirtschaft, nicht nur in der Landnutzung. Das muss weltweit angestrebt werden; das haben wir gerade gehört. Jeder bzw. jede ist aufgerufen, seinen bzw. ihren Beitrag zu leisten. Einen Beitrag können terrestrische Ökosysteme leisten.

(Lachen von Dr. Christian Blex [AfD])

Sie sind unverzichtbare Verbündete beim Klimaschutz, da ihnen als Kohlenstoffspeicher eine zur Erreichung der Klimaschutzlangfristziele notwendige CO_2-Senkenfunktion zukommt. Sie sind notwendige Voraussetzung für den Erhalt der Biodiversität und dienen zugleich der langfristigen Ernährungssicherheit. Terrestrische Ökosysteme sollten entsprechend erhalten und langfristig bewahrt werden. Außerdem sollten ökologisch wertvolle Flächen und Ökosystemleistungen erhalten sowie Schutz- und Nutzungsflächen stärker integriert werden. Aus unserer Sicht könnte man vor allem durch Planung und Ausweisung multifunktionaler Flächennutzungen durch das Planungsrecht ein neues Leitbild und Leitkonzept im nationalen Planungs- bzw. Raumordnungsrecht etablieren. Dafür eignet sich gerade in Nordrhein-Westfalen die übergreifende,

gesamträumliche Raumplanung. Man könnte etwa auf der Ebene des Landesentwicklungsplans solche übergreifenden Leitbilder und Konzepte einer integrierten Landnutzung etablieren und damit über das gesamte Land festlegen.

Der vierte Baustein beinhaltet, Rechtsänderungen auf Bundesebene zu initiieren. Wir sollten ein neues Landwirtschaftsgesetz initiieren. Das derzeitige besteht inhaltlich aus sieben Paragrafen und stammt aus dem Jahr 1955. Aus unserer Sicht braucht die Landwirtschaft einen neuen Rahmen. Dafür kann sich Nordrhein-Westfalen einsetzen.

Der fünfte Baustein lautet, flankierende Maßnahmen zu ergreifen und internationale Partnerschaften zu stärken. Das sollte beinhalten, Standards für biogene Produkte zu entwickeln. Es sollten eine Strategie für nachhaltiges Bauen mit Holz entwickelt werden und internationale Kooperationen genutzt werden, um diese Standards für biogene Produkte nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch für importiere Produkte umzusetzen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Vielen Dank, Frau Professor Dr. Schlacke.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Herr Vorsitzender!)

– Herr Rüße, bitte.

Norwich Rüße (GRÜNE): Ich halte eine Menge aus, aber ich möchte die AfD-Fraktion mal bitten, bei Vorträgen einen Moment zuzuhören, anstatt hier permanent zu brabbeln und zu kommentieren.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ja, ja, ja!)

Ich bitte den Vorsitzenden, dafür zu sorgen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Ich nehme das so, wie das auch sonst immer der Fall ist! Alles okay, Herr Rüße! Ich verstehe das, dass Sie das, wenn eine Juristin über Physik sprechen möchte …)

Vorsitzender Markus Diekhoff: Herr Dr. Blex, Sie haben im Moment gar nicht das Wort. Ich habe nicht gesehen, ob es hier einen Abstimmungsbedarf gibt. Aber andere möchten zuhören, und deshalb bitte ich um etwas mehr Ruhe. Sonst melde ich mich gleich noch mal.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Das ist ein Gebot des Anstands! – Norwich Rüße [GRÜNE]: So ist das!)

– Genau.

Jetzt hat Herr Dr. Springmann das Wort.

Dr. Marco Springmann (Oxford Martin School): Guten Tag! In meinem Eingangsstatement möchte ich gerne auf die Kernaspekte nachhaltiger Ernährungssysteme eingehen.

Es ist einschlägig belegt, dass das globale Ernährungssystem weder nachhaltig noch gesund ist. Es ist für ca. ein Drittel aller Treibhausgasemissionen verantwortlich und daher ein bedeutender Treiber des globalen Klimawandels. Gleichzeitig sind unausgewogene Ernährungsweisen, wie ein zu hoher Konsum von rotem und verarbeitetem Fleisch und ein zu geringer Konsum von Obst und Gemüse, für ca. 20 % aller vermeidbaren Todesfälle, insbesondere durch Herzkrankheiten, Schlaganfälle, Krebs, und Diabetes, verantwortlich.

Die Situation in Deutschland sieht da nicht viel besser, eher sogar etwas schlechter aus. Die Landwirtschaft macht ca. 20 % der durch deutsche Produktion verursachten Treibhausgasemissionen aus, wenn man eine umfassende Lebenszyklusanalyse zugrunde legt.

Wichtiger ist jedoch, zu beurteilen, wie nachhaltig oder unnachhaltig das deutsche Ernährungssystem insgesamt, also nicht proportional an den deutschen Gesamtemissionen, ist. Laut unseren Berechnungen, die letztes Jahr im Fachblatt „The BMJ“ veröffentlicht wurden, würde das Emissionsziel des Pariser Klimaabkommens, wenn es auf das Ernährungssystem bezogen würde, um mehr als das Dreifache überschritten werden, wenn alle Menschen sich so ernährten wie die Deutschen. Zudem würden die Ziele der nachhaltigen Entwicklung, die Sustainable Development Goals, bezüglich der Stickstoffnutzung um mehr als 50 % und die der Ackerflächennutzung um mehr als ein Drittel überschritten.

Den größten und übermäßigen Anteil an dieser Überschreitung haben tierische Lebensmittel, also Fleisch und Milchprodukte, die im Vergleich zu pflanzlichen Nahrungsmitteln 10- bis 100-mal so viele Treibhausgasemissionen ausstoßen und ca. fünf- bis zehnmal so viel Stickstoff benötigen. Gleichzeitig führen unausgewogene Ernährungsmuster zu mehr als 160.000 vermeidbaren Todesfällen pro Jahr in Deutschland durch ernährungsbedingte Herzkreislauferkrankungen, Krebs und Diabetes. Der übermäßige Verzehr von rotem und verarbeitetem Fleisch ist dabei für mehr als 50.000 vermeidbare Todesfälle verantwortlich, Übergewicht und Fettleibigkeit für 80.000 und zu geringer Verzehr von Obst und Gemüse für mehr als 30.000.

Die deutschen Ernährungsmuster und die dazu beitragende deutsche Landwirtschaft sind also hochgradig unnachhaltig und ungesund. Das trifft auch proportional auf das Land NRW zu.

Wie sähe ein nachhaltiges und gesundes Ernährungssystem aus? Ein internationales Forscherteam und ich haben für den EAT-Lancet Commission Report on Healthy Diets from Sustainable Food Systems ein Rahmenkonzept für Ernährungssysteme, die sowohl gesund als auch nachhaltig auf globaler und nationaler Ebene sind, entwickelt.

In Deutschland sind das größte Problem für Nachhaltigkeit und die öffentliche Gesundheit der zu hohe Konsum und die übermäßige Produktion von rotem Fleisch, insbesondere Schweinefleisch. Nach unseren Berechnungen müssten der Konsum und die Produktion von rotem Fleisch – und dazu gehören generell Rind-, Lamm-, und Schweinefleisch – um ca. 90 % reduziert werden, um ein nachhaltiges Ernährungssystem, das mit dem Pariser Klimaabkommen und den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar ist, zu erreichen.

Der Verzehr und die Produktion von Milchprodukten und zu Zucker verarbeitbaren Pflanzen müssten um jeweils 50 % zurückgehen, die von Getreide um 28 %.

Gleichzeitig wäre eine Erhöhung der Produktion von Obst und Gemüse um 61 % nötig, ebenso eine Verdreifachung des Anbaus von Leguminosen und Nüssen.

Diese Änderungen sind mit der in Deutschland verfügbaren Ackerfläche vereinbar und würden sogar 10 % weniger Fläche benötigen.

Verbesserungen in der landwirtschaftlichen Effizienz und Verminderungen in der Nahrungsmittelverschwendung sind natürlich auch sinnvoll. Allerdings haben solche Maßnahmen einen sehr viel geringeren Einfluss auf Treibhausgasemissionen und Ressourcennutzung als Veränderungen in der Zusammensetzung der Nahrungsmittel, die angebaut und produziert werden. Für Treibhausgasemissionen ist der Effekt jeweils nur ein Fünftel.

Anders herum formuliert: Ohne Veränderungen in dem, was angebaut wird, ist es nach unseren Berechnungen und denen von anderen Forschungsgruppen nicht möglich, das Pariser Zwei-Grad-Ziel zu erreichen und innerhalb der Grenzen nachhaltiger Ressourcennutzung zu bleiben. Deutschland hat durch sein im internationalen Vergleich sehr unnachhaltiges Ernährungssystem eine erhöhte Verantwortung, die Umstellung auf ein gesundes und nachhaltiges Ernährungssystem voranzutreiben. Das trifft auch auf das Land NRW zu.

Welche Maßnahmen können hierbei weiterhelfen? Die angesprochenen landesweiten Ziele zur nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktion können gemäß der prozentualen Produktionsaufteilung auf die jeweiligen Bundesstaaten aufgeteilt werden, um eine ungefähre Richtgröße zu bekommen. Zudem bedarf es gezielter Anreize für einzelne Betriebe, um eine Anpassung der landwirtschaftlichen Produktion zu erreichen. Hier bieten sich mehrere Möglichkeiten, wie zum Beispiel die Besteuerung von Lebensmitteln nach umweltmäßigen und/oder gesundheitlichen Gesichtspunkten oder eine Reform der landwirtschaftlichen Subventionen. Nach unseren Berechnungen wäre zum Beispiel eine Koppelung der Hälfte aller Subventionen an die Produktion von gesunden und nachhaltigen Nahrungsmitteln mit einer Verminderung der Umweltbelastung, einer Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und einer Erhöhung des wirtschaftlichen Nutzens verbunden. Ähnlich sieht aus bei einer angemessenen Ausgestaltung von nachhaltiger und gesundheitsfördernder Bepreisung von Lebensmitteln aus.

Auch bezüglich dieser Handlungsoptionen kann das Land NRW aufgrund seiner Größe und relativen Produktionsstärke eine Führungsrolle einnehmen und auf Umsetzung dieser Maßnahmen auf deutschlandweiter und EU-Ebene drängen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Vielen Dank, Herr Dr. Springmann. – Wir steigen nun in die Fragerunden ein; für heute haben wir drei geplant. Als Erster hat Herr Dr. Nolten von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Vielen Dank. – Wir haben mit dem Papier von Herrn Professor Köpke eigentlich sehr schöne Hinweise auf konkrete Maßnahmen zur ackerbaulichen

Entwicklung bekommen, also wie wir uns ackerbaulich auf den Klimawandel einstellen können. Deswegen möchte ich Frau Labonte und Herrn Greef ansprechen.

Herr Greef, Sie haben recht zielgenau Zukunftsszenarien für verschiedene Pflanzenarten und deren Klimaanpassungsfähigkeiten formuliert. Wie bewerten Sie das im Hinblick auf neue Techniken im Anbau und in der Züchtung, und was bringt uns das, um die Klimafolgen zu reduzieren?

Annette Watermann-Krass (SPD): Auch vonseiten der SPD-Fraktion vielen Dank für Ihre Stellungnahmen. – Ich habe eine Frage an Frau Schlacke und Herrn Springmann. Sie haben eben ausgeführt, wir müssten die Produktion im Tierbereich deutlich reduzieren, um Klima- und Umweltziele zu erreichen. Wie könnte man die Tierbestände reduzieren, und welche Perspektiven könnten wir den tierhaltenden Betrieben dabei aufzeigen?

Karl Werring (Sachverständiger EK V): Meine Frage geht an Frau Dr. Schlacke. Wir sind hier in der Enquetekommission „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe.“. Wo sehen Sie die Lösungsansätze: eher im Ordnungsrecht oder auf dem kooperativen Weg?

Norwich Rüße (GRÜNE): Vielen Dank auch von unserer Seite, dass Sie Stellungnahmen eingereicht haben und uns heute zur Verfügung stehen. – Meine Frage richtet sich an Frau Schlacke und Herrn Greef und bezieht sich – darauf geht auch Herr Köpke in seiner Stellungnahme ein – auf die Bedeutung von Kreisläufen in der Landwirtschaft. Welche Anreize könnten wir geben, um die Kreisläufe in der Landwirtschaft wieder ein Stück weit stärker zu schließen? Welche Bedeutung hat für Sie die Tierhaltung – zum einen geht es um die damit verbundenen Probleme, zum anderen um die Bereitstellung von Dünger; dieser Punkt wird gerne unterschätzt – in einem landwirtschaftlichen Kreislauf?

Dr. Christian Blex (AfD): Meine Frage richtet sich an Herrn Limburg, aber es kann auch jeder andere darauf antworten, der sich fachlich dazu berufen fühlt. Wir haben eben sehr rigide Vorstellungen zu einem Umbau der Landwirtschaft – es war von einer 90%igen Reduktion der Fleischproduktion die Rede – und der Gesellschaft gehört. Jetzt haben Sie, Herr Limburg, den Anteil NRWs an den anthropogenen – wenn man sie überhaupt so nennen mag – CO_2-Emissionen dargestellt. Wenn man hier solch starken Reduktionen vornehmen will – bis hin zu gesellschaftlichen Umbrüchen –, ist es doch sicherlich auch sinnvoll, die Situation NRWs bzw. Zentraleuropas im historischen Kontext zu sehen. Vielleicht können Sie erläutern, inwieweit sich die jetzige Klimasituation bzw. Wettersituation historisch einordnet. War das Wetter immer konstant? Erleben wir jetzt eine außergewöhnliche Wärmewelle? Erleben wir hier in Europa irgendetwas Außergewöhnliches im erdgeschichtlichen Kontext?

Jeder andere, der fachlich etwas dazu beitragen kann, kann das gerne tun. – Danke schön.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Herr Dr. Blex, Ihre Frage richtet sich jetzt nur an Herrn Limburg?

(Dr. Christian Blex [AfD]: Nein, an alle, die sich dazu berufen fühlen!)

– Nein, Sie können jetzt, genauso wenig wie die anderen Fraktionen, nicht alle fünf Sachverständigen ansprechen. Also möchte ich nur die Sachverständigen bitten, darauf zu antworten, die auch namentlich angesprochen worden sind.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Alles gut!)

Aber Sie haben natürlich das Recht, einen zweiten Sachverständigen zu benennen.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Nein, ist alles okay!)

Dann reicht in diesem Fall Herr Limburg.

Wir steigen damit in die erste Antwortrunde ein, und Frau Labonte beginnt. Bitte schön.

Caroline Labonte (Landwirtschaftskammer NRW): Herr Nolten, ich denke, Herr Greef wird sich zur Pflanzenproduktion – dafür ist er der Experte – äußern. Ich möchte auf die Managementmöglichkeiten und -probleme eingehen.

In den letzten drei Jahren haben wir insbesondere über die Sommertrockenheit bzw. Dürre diskutiert. Hier gibt es technische Möglichkeiten, damit eine Pflanze auch unter klimatisch schlechten Bedingungen im Sommer ein gutes Ergebnis im Ertrag erbringen kann. Hier sehe ich viele Möglichkeiten. Es wird viel über Bewässerung diskutiert. Wir als Landwirtschaft sind der sichtbarste Entnehmer von Wasser. Das heißt, wenn man im Sommer durch die Landschaft fährt, sieht man die Bewässerungskanonen. Viele andere technische Geräte sieht man sonst nicht. Die Entnahmen der Industrie sieht man auch nicht. Deswegen stehen wir zentral in der Diskussion. Nach ersten Schätzungen sind nur 2 % der Wasserentnahmen in NRW der Landwirtschaft zuzuordnen. Insofern würden wir es sehr begrüßen, wenn das differenziert dargestellt und auch ausgewertet würde. Das heißt, mit relativ wenig Wasser können wir viele Pflanzen gerade in Dürremomenten versorgen. Das ist natürlich keine Zwangsentnahme, sondern es wird immer entsprechend dem Pflanzenbedarf bewässert.

Dies ist in den letzten drei Jahren notwendig gewesen. Wie es im nächsten Sommer sein wird, wissen wir nicht. Hier sind rechtliche Rahmenbedingungen wünschenswert, damit es für die Landwirtschaft einfacher und unbürokratischer wird, auf Wasserrechte Zugriff zu haben.

Prof. Dr. Michael Greef (Julius Kühn-Institut, Braunschweig): Die Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, die die Ackerkulturen betreffen, bedürfen letztendlich betriebswirtschaftlich tragfähiger Herangehensweisen. Die eben angesprochene Bewässerung als Gegenmaßnahme in Trockenperioden muss sich rechnen, da sie einen hohen Investitionsgrad bedeutet. Weitere Anpassungsmaßnahmen müssen sich generell auf die Bodenfruchtbarkeit beziehen. Von elementarer Bedeutung muss hier das Wasserhaltevermögen sein. Das bedeutet, dass der Schadverdichtung bzw. der

Verdichtungsneigung von Böden entsprechend begegnet werden muss. Um eine funktionierende Bodenstruktur zu erhalten, sind technische Möglichkeiten bzw. Bodenbearbeitungsweisen, „Smart Tillage“, weiterzuentwickeln und anzuwenden. Allerdings stehen diese Verfahrensweisen der arbeitswirtschaftlichen Effizienz allein durch die Größe der Maschinen und Aggregate entgegen.

Letztendlich möchte ich damit sagen, dass die umfangreichen ackerbaulich geprägten Regionen der Börden in NRW noch ein hohes Anpassungspotenzial haben. Generell weisen sie eine gute Bodenfruchtbarkeit auf. Sie haben eigentlich auch genug Wasser für Trockenperioden. Erinnern wir uns zurück an die Trockenjahre 2018/2019: Die sandig geprägten Anbaugebiete im östlichen Deutschland waren und sind in der Trockenheit viel stärker gefährdet und entsprechend eingebrochen.

Für Kulturen mit einer hohen Wertschöpfung, wie der Gemüseanbau, und auch die Zuckerrüben in der Köln-Aachener Bucht bleibt in letzter Konsequenz als Anpassungsmaßnahme an Trockenheit die Bewässerung. Für den großflächigen Anbau der Ackerkulturen – Getreide, Mais – ist die Bewässerung zu aufwendig. Hier zielen die Anpassungsmaßnahmen auf den Erhalt einer Bodenstruktur mit hoher Wasserspeicherkapazität. Neben der Bodenbewirtschaftung mit minimalen Eingriffen sowie der Melioration – Rückhaltebecken– kommen dem Humusaufbau und dem Kalkzustand eine wichtige Rolle zu.

Den weiteren Komplex von Anpassungsmaßnahmen betreffen die Kulturpflanzen selbst. Es ist davon auszugehen, dass sich das Anbauspektrum zukünftig aufgrund des hohen Bedarfs an Futtermitteln nicht wesentlich ändern wird. Es wird bei den getreidedominierten und futterbaulich orientierten Anbausystemen einschließlich Mais bleiben. Andere Kulturen sind unter dem Diktat des hohen Bedarfs an Futtermitteln in ihrer Ertragsfähigkeit nicht darstellbar. Dieses betrifft vor allem den Anbau von Eiweißpflanzen, der bisher nur eine geringe Rolle spielt.

Um noch mal auf die Leguminosen zu sprechen zu kommen. Diese sind durch ihre ertragsphysiologische Aufstellung am stärksten durch Trockenheit und Hitzewellen gefährdet. Um eine vielfältigere Kulturlandwirtschaft zu etablieren, wird es schwierig sein, gerade auf diese empfindlichen Kulturen zu setzen.

Insofern werden sich die Anpassungsmaßnahmen auf die etablierten Kulturen konzentrieren. Das bedeutet, dass vor allem angepasste Sorten etabliert werden. Hier kommt der Züchtung eine Schlüsselrolle zu. Diese wird sich im Getreidesektor und im Mais abspielen. Der Mais lässt sich züchterisch sehr gut bearbeiten. Der Züchtungsfortschritt gestaltet sich im Weizenanbau etwas schwieriger. Um Trockentoleranzen zu erzeugen, wird Material aus dem Sommerweizen in den Winterweizen eingekreuzt. Damit sind aber auch Ertragsreduktionen verbunden. Das ist insofern sehr wichtig, als von der Weizenproduktion die Hälfte als Backweizen vermarktet wird. Der Restmenge ist im geringer eingepreisten Futterweizen angesiedelt. Diese Verschiebungen in der Ertragsmenge bedeuten auch, dass über den Futterweizen geringere Mengen an Protein zur Verfügung stehen werden. Wenn also beim Futterweizen geringere Erträge generiert werden, muss kompensatorisch im Ausland für Futtereiweißimporte auf verstärkt Schattenflächen zurückgegriffen werden.

Mais ist aufgrund seiner höheren Wassernutzungseffizienz prädestiniert für die Anpassung an Trockenheit. Je schwieriger die Situation im Weizenanbau wird, desto eher wird es eine Verschiebung in Richtung des Anbaus von Körnermais geben. Körnermais ist eine Hochertragskultur, allerdings mit einem niedrigen Eiweißgehalt. Das bedeutet letztendlich, dass die fehlende Menge an Futtereiweiß wiederum durch verstärkte Importe ausgeglichen werden muss. Durch den Zwang, eine hohe Intensität von Futterpflanzen aufrechtzuerhalten, bleibt das Anbauspektrum auf wenige Kulturen beschränkt. Diese Verengung der Kulturen erschwert die Bemühungen, andere Kulturen in die Anbausysteme oder Fruchtfolgen hineinzubringen. Es liegen Zielkonflikte vor, die sich nicht so einfach auflösen lassen.

Zu einem dieser Zielkonflikte möchte ich noch kurz Stellung nehmen. Dieser hängt mit dem hohen Bedarf an Eiweißfuttermitteln durch die intensive Tierproduktion zusammen. Eine Kreislaufwirtschaft erfordert mehr oder weniger ausgeglichene Nährstoffflüsse. Am Beispiel von Stickstoff N sollte der Input in das System nicht den Output aus dem System übersteigen. In NRW wird für die Eiweißversorgung der Tiere sehr viel Stickstoff eingebracht, der nicht von den Flächen in NRW stammt. Wie gesagt, der Anbau der Futterpflanzen deckt diesen Bedarf nicht ab. Der Output im Sinne von tiergebundenem Stickstoff – Fleisch, Milch – ist gering. Der nicht abgeführte Stickstoff fällt in Form von Gülle auf die Flächen zurück. Dieser Anteil steigt mehr und mehr bzw. hat sich über die Jahrzehnte massiv im Boden kumuliert. Das heißt, der Überhang an Gülle ist extrem. Er übersteigt den Nährstoff der Pflanzen bei Weitem, und der nicht ausgenutzte Stickstoff belastet die Umweltkörper, das Grundwasser. Da können wir nicht mehr von einem balancierten Kreislaufsystem sprechen. Im Fokus ist die Schweineproduktion, dessen Besatz in Großvieheinheiten im Bundesdurchschnitt auf einem fünfmal so hohen Niveau ist. Um eine ausgeglichene Kreislaufwirtschaft überhaupt herzustellen, muss die Tierproduktion an die Fläche, das heißt an den Nährstoffbedarf der Pflanzen, gekoppelt werden. Der derzeitige Anfall an Gülle ist, bedingt durch die hohen Importe an Futtereiweiß, nicht in den Griff zu bekommen. Die Lösungsansätze, die Gülle aufzuarbeiten und in Ackerbauregionen zu exportieren, sowie der Einsatz von effizienteren Applikationstechniken werden das grundsätzliche Problem – es kommt zu viel in das System hinein und zu wenig heraus – nicht lösen. Emissionsarme Techniken verschärfen in gewisser Weise noch das Problem, da beispielsweise Lachgas und Ammoniak nicht mehr so stark emittiert werden, dafür aber die Bildung von Nitraten im Boden wieder ansteigt, die dann auswaschungsgefährdet sind. Letztendlich muss das Leistungsniveau der Fleisch- und Milchproduktion und damit der hohe Bedarf an Futterpflanzen wie auch an Futtereiweiß, wie eingangs ausgeführt, konsequent heruntergefahren werden. – Vielen Dank.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Viele Fragen, die an mich gerichtet wurden, kreisen um das Thema „Kreislaufwirtschaft in der Tierproduktion“ und die Frage, wie man das regulieren kann. Sollten es Anreize sein? Sollten es indirekte Steuerungsinstrumente sein, die eine Wahlmöglichkeit bieten, ob man sie befolgt? Oder bedarf es einer direkten Steuerung durch Ordnungsrecht, also Geh- und Verboten?

Zur ersten Frage, ob wir die Produktion im Tierbereich reduzieren sollten. Dazu gibt es genügend Vorstellungen und Vorschläge. Man kann die Viehbesatzdichte an der Fläche orientieren. Das ist utopisch für Nordrhein-Westfalen – das weiß ich –, aber dennoch ist das eine Möglichkeit, also eine Flächenbindung für die Tierhaltung herzustellen. Wir haben momentan kleine Industriebetriebe, die nach Industrierecht, nämlich dem Bundes-Immissionsschutzgesetz, für die Mastviehhaltung genehmigt werden, und diese sind losgelöst von der Fläche. Das bedeutet Flächenbindung, und das wäre meiner Meinung nach ein Ziel, das mit Ordnungsrecht durchgesetzt werden müsste. Das müsste festgelegt werden. Das müsste ein Gebot sein. Dann wäre es auch wirksam und würde Investitionssicherheit und Rechtssicherheit schaffen. Dafür bedarf es sicherlich einer bundeseinheitlichen und keiner landesrechtlichen Regelung, und das könnte man in einem novellierten, überarbeiteten oder gänzlich neuem Landwirtschaftsgesetz übernehmen. Auch das wäre ein bundesrechtlicher Ansatz.

Kreisläufe kann man auch durch Anreize initiieren, und dafür gibt die GAP, die Gemeinsame Agrarpolitik der EU, einen Rahmen, aber der ist vielleicht nicht ausreichend. Also, das, was hier vonseiten der FDP als kooperativer Weg angedacht wird, wäre ein Weg, auf dem es noch weitere finanzielle Anreize des Landes geben müsste. Das wäre ein Weg. NRW darf also nicht nur auf die GAP und EU-Mittel hoffen, sondern muss selbst mit finanziellen Anreizen dafür sorgen, dass die Viehbesatzdichte reduziert wird.

Wir haben gelernt, dass gerade diese finanziellen Anreize viel bewirken und auch sehr viel steuern in der Landwirtschaft. Das sehen wir aufgrund der GAP-Subventionen, aber auch aufgrund des EEG. Da finden sehr rasch Umstellungen statt.

Wie kann der Kreislauf besser geschlossen werden? Dazu haben wir eben schon aus fachlicher Sicht etwas gehört. Natürlich sollten Dung und Pflanzenreste als wertvolle Ressourcen erkannt, Abfälle vermieden und Nährstoffe recycelt werden. Davon sind wir noch weit entfernt. Das könnte auch mit finanziellen Anreizen weiter vorangetrieben werden.

Insgesamt brauchen wir eine andere Landwirtschaft; davon bin ich sehr überzeugt. Diese brauchen wir aber nicht nur in Nordrhein-Westfalen – das möchte ich auch betonen –, sondern global, wobei sich die Regionen natürlich sehr unterscheiden.

Dr. Marco Springmann (Oxford Martin School): An mich wurde die Frage gestellt, wie man die Tierbestände reduzieren könne und welche Perspektive es dafür gebe. Generell sprechen wir uns für Anreize zur Diversifizierung in der Fleischproduktion aus, sodass man nicht nur Fleisch produziert, sondern auch andere Sachen. Was hier am erfolgversprechendsten ist, ist, die Subventionen an sogenannte ökologische Dienstleistungen zu koppeln. Solche Diskussionen gibt es in mehreren Ländern. Hier in Großbritannien heißt das zum Beispiel „Public Money for Public Goods“. Wenn also Subventionen gegeben werden, dann sollen diese die Gesundheit und Nachhaltigkeit begünstigen. Das soll für Fleischbetriebe, die nicht so einfach auf pflanzliche Produktion umstellen können, bedeuten, dass diese nicht unbedingt Lebensmittel produzieren, sondern aufforsten, renaturieren oder Biokraftstoffe der zweiten Generation anbauen, die nicht unbedingt mit einer großen Landnutzungsänderung verbunden sind.

Wichtig ist also, Anreize zu schaffen, die weiter gefasst sind und sich nicht nur auf die reine Lebensmittelproduktion beziehen. Diese können, wie vorhin schon angeklungen, im Rahmen einer GAP-Reform gesetzt werden oder mit staatlichen Subventionen oder Finanzmitteln.

Michael Limburg (EIKE e. V.): Herr Blex hat freundlicherweise wiederholt, wie groß der Anteil Nordrhein-Westfalens an den CO_2-Emissionen ist; das sind rund 10,5 Millionen Tonnen. Das entspricht rund 1 % des deutschen Anteils, der wiederum 2 % der Weltemissionen ausmacht, die wiederum nur 3 bis 5 % der natürlichen Emissionen entsprechen. Ich weiß, dass ich hier ein Unikat oder Solitär bin, da ich gerade dargelegt habe, warum es nicht vorstellbar scheint, dass weder der internationale Anteil noch der europäische noch der deutsche noch der nordrhein-westfälische und schon gar nicht der der Landwirtschaft irgendeinen Einfluss auf unser Klima haben.

Damit sind wir direkt bei der nächsten Frage. Die meisten Menschen, fast alle Journalisten und auch viele Politiker können nicht so richtig zwischen Wetter, Witterung und Klima unterscheiden. Nach der Definition der Weltorganisation für Meteorologie braucht jede Klimaperiode mindestens 30 Jahre. Ich muss also, um überhaupt Veränderungen erkennen zu können, mehrere Klimaperioden vergleichen. Drei bis vier sind angebracht, also 90 bis 120 Jahre. Und bei der Besonderheit Deutschlands – das hatte ich Ihnen ja gezeigt – stellt sich heraus, dass, obwohl wir ab 1850 eine Rückerwärmung nach dem Ende der Kleinen Eiszeit hatten, die Temperaturen im Schnitt – und auch in Nordrhein-Westfalen – bis Ende der 80er-Jahre stabil blieben, von Schwankungen kurzzeitiger Art abgesehen. Erst ab 1985, 1988 oder 1990 hatten wir durchgängig starke, warme Sommer, die sich ganz einfach durch veränderte Großwetterlagen erklären lassen. Diese haben uns die schönen Sommer beschwert, was auch viele der hier Anwesenden befürchten lässt, dass sich das Klima zum Trocknen, zum Schlimmen verschlechtert. Schlimm ist es nur dann, wenn es so bleibt. Ob es so bleibt, steht in den Sternen. Die Tendenz ist eher andersherum.

Trotzdem kann man festhalten, dass diese Erwärmung nicht ungewöhnlich ist. Wenn wir zurückschauen – und das muss man beim Klima –, stellen wir fest, dass das in der Vergangenheit schon des Öfteren der Fall war. Aber auch die letzten 100 Jahre waren durchaus geprägt von sehr unterschiedlichen Entwicklungen. So war es in Grönland zwischen 1920 und 1940 deutlich wärmer als heute, in Frankreich war es während des Holozäns schon mal 7 Grad wärmer als heute, und in anderen Landschaften bei uns war es kälter. Wir können also nicht von einer einheitlichen Entwicklung sprechen, was wiederum gegen die Hypothese spricht, dass CO_2 durchgängig erwärmt. Denn es erwärmt bei uns offensichtlich nur die Sommer. Das kann es rein technisch und physikalisch aber nicht tun.

Inzwischen sind rund 148 Papers allein im Jahr 2020 erschienen, die sich mit diesem Phänomen beschäftigen, dass sich die Temperaturen durchaus unterschiedlich entwickeln und öfter höher waren als heute.

Noch mal zurück zu der Frage: Die Klimaerwärmung, die wir in Deutschland sehen, lässt sich zwanglos erklären durch eine veränderte Wetterlage, auf die das CO_2 in seiner Gesamtheit natürlich keinen Einfluss haben kann, weder direkt noch indirekt,

was dafür spricht, dass es eher durch Atlantische Multidekaden-Oszillationen von Meeresströmungen und anderen Phänomen dieser Art ausgelöst wird.

Insofern kann man den Schluss ziehen, dass die CO_2-Minderungsmaßnahmen, die man hier am liebsten mit Anreizen, also Steuervorteilen, zu erzwingen versucht, keinen Einfluss haben werden. Wir werden dadurch höchstens schneller arm. Insofern sollten wir das noch mal überdenken und uns auf das besinnen, was wir am besten können, nämlich die Dinge vorwärts entwickeln, das Gute belassen und das Schlechte weglassen. – Danke.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Vielen Dank, Herr Limburg. – Damit kommen wir zur zweiten Fragerunde, und Herr Dr. Nolten beginnt.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ich habe eine Frage an Frau Schlacke und Frau Labonte.

Frau Schlacke, Sie haben eben von der Planung her, vom Landesentwicklungsplan her kommend ausgeführt. Nun ist der Landesentwicklungsplan bei uns Landschaftsprogramm. Auf der darunter liegenden Regionalplanebene ist der Regionalplan gleichzeitig Landschaftsrahmenplan, und auf der örtlichen Ebene haben wir in Nordrhein-Westfalen eine flächendeckende Landschaftsplanung.

Jetzt schauen wir uns eine Fläche an, die direkt – Thema „Ressourcenschutz“ – am Gewässer liegt, und dann komme ich in die Situation, dass es aufgrund der FFH-Richtlinie Anforderungen an den Erlen-, Eschen- und Weichholzauenwald gibt. Dann habe ich die Wasserrahmenrichtlinie zu beachten. Diese macht Vorgaben für den Chemismus, für die Wassertemperatur, für den Sauerstoffgehalt und entsprechende Biozönose. Dann habe ich Anforderungen aus dem Landschaftsplan zu beachten, wenn ich es als NSG festsetze – das werde ich dann im Regelfall tun –, und entsprechende Maßnahmenkonzepte, die sogenannten MAKOs, zu erstellen. Die werden dann erstellt, und am Ende stellt sich immer die Frage: Wie setze ich das Ganze um? Wie nehme ich die Landwirtschaft dabei mit?

Frau Labonte, Sie haben ausgeführt, es wäre eigentlich gut, wenn wir die verschiedenen Instrumente, die wir haben, zusammenführen würden, also zum Beispiel die Finanzmittel Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie mit der Eingriffsausgleichsregelung zusammenbringen würden usw.

Meine Frage an Sie beide: Soll man diese verschiedenen Instrumente auch zusammen in Einsatz bringen? Und wie würden Sie das ganz praktisch organisieren?

Annette Watermann-Krass (SPD): Frau Schlacke und Herr Springmann, Sie sagten, wir hätten keinen Rechtsrahmen, um den Erhalt von Ökosystemen unter Leistungen, die die Landwirtschaft erbringt, zu gewährleisten. Was sollte ein solcher Rechtsrahmen Ihrer Meinung nach beinhalten? Und welche Effekte versprechen Sie sich davon? Sie haben angesprochen die Novelle des Landwirtschaftsgesetzes, das Agrarstrukturgesetz und das Leitbild.

Stephan Haupt (FDP): Meine Frage richtet sich an Herrn Greef und Frau Labonte. Es ist ja nicht so, dass die Landwirtschaft seit Jahrzehnten stehen geblieben ist, sondern sie hat sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt, insbesondere zu den Themen „Klimawandel“, „Klimaanpassungen“ und „Reduktionsmöglichkeiten bei Klimagasen“, und schon verschiedene Maßnahmen durchgeführt.

Welche Maßnahmen waren aus Ihrer Sicht in der Vergangenheit sehr erfolgreich in den Bereichen Klimagasreduzierung, Klimaanpassungen? Welche dieser Maßnahmen, die sich schon bewährt haben, sollte man stärker fördern? Welches sind aus Ihrer Sicht in Zukunft die Maßnahmen, die am erfolgversprechendsten sind?

Prof. Dr. Tillmann K. Buttschardt (Sachverständiger EK V): Meine Frage richtet sich an Frau Labonte, und ich danke Herrn Nolten für das Zuspielen dieses Punktes. Ich glaube nämlich, dass man es von oben nach unten lösen müsste.

Mir geht es um die Ressource Wasser. Sie haben angesprochen, dass Bewässerungs- und Wassermanagement eine Lösung darstellen könnte, und sicherlich ist das auch eine naheliegende. Wenn ich einen trockenen Sommer habe – ganz unabhängig davon, wieso –, würde ich in die Bewässerung gehen oder Techniken entwickeln. Wir haben in Nordrhein-Westfalen drei große Landschaftsräume. Wir haben das Rheinland mit größeren Grundwasserhöffigkeiten. Wir haben Gebirgsgegenden, wo das nicht so die Rolle spielt, weil wir dort auch Niederschläge haben. Aber wir haben auch das Münsterland, wo wir sehr wenig Wasser gewinnen und sogar das Trinkwasser aus anderen Bereichen importieren müssen. Also, wie sehen Sie Bewässerung gerade in den Gebieten, die wenig grundwasserhöffig sind, und gibt es dort nicht die Zielkonflikte, die Herr Nolten angesprochen hat, mit der Wasserrahmenrichtlinie und ganz speziell mit dem Verschlechterungsverbot?

Das möchte ich zusammenpacken in eine Frage an Frau Kollegin Schlacke, ob die von ihr rekurrierte Landesplanung nicht doch von oben nach unten eine Lösung sein könnte, indem man eben dort Bereiche identifiziert, in denen Bewässerung einfacher möglich ist, und andere Bereiche, in denen die Bewässerung kritisch ist, insbesondere wenn wir dort in Zielkonflikte gehen.

Und als Drittes habe ich eine Frage zur Datengrundlage. Frau Schlacke erwähnte, dass wir einen besseren Überblick über die Datengrundlage bräuchten. Wie könnte das aussehen? Welche Daten müsste ich haben, damit ich nicht das Verschlechterungsverbot tangiere oder Erhaltungszustände in der FFH-Richtlinie durch Bewässerung gefährde?

Dr. Christian Blex (AfD): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Springmann und an Herrn Limburg. Es wird über teilweise drastische Veränderungen gesprochen, noch drastischere Reduktionen. Da wäre für mich unabhängig von der Wetterrelevanz dieser Maßnahmen die Frage nach Wunsch und Wirklichkeit.

Herr Springmann, Sie sind Verfechter des Reduzierens des Fleischkonsums. Meines Wissens hat sich der Fleischkonsum pro Kopf von 1990 bis heute von 33 auf 42 kg gesteigert, und zwar bei wachsender Weltbevölkerung. Das ist wohl dem wachsendem

Wohlstand geschuldet. Der CO_2-Ausstoß von China hat sich vervierfacht, ebenso der von Indien. Also, nehmen wir in Deutschland eher eine Vorreiterrolle ein, oder ist das die von manchen hier propagierte Geisterfahrt auf der Autobahn? Wer folgt uns auf globaler Ebene?

Vorsitzender Markus Diekhoff: Damit kommen wir zur nächsten Antwortrunde, und als Erste war Frau Professor Schlacke angesprochen. Bitte schön.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Also, wie sieht es konkret mit den Planungsinstrumenten aus? Sie, Herr Nolten, haben mich gefragt, ob wir nicht auf der konkreten örtlichen Ebene beginnen müssten. Was ist, wenn es dort zu einem Konflikt kommt oder wir Anforderungen nach der FFH-Richtlinie oder der Wasserrahmenrichtlinie erfüllen müssen? Ich könnte noch die Nitratrichtlinie hinzufügen.

Ich bin der Überzeugung, dass wir mehr Schutzgebiete ausweisen und auch mehr Landschaften unter einen strengeren Schutz stellen müssen. Diese Flächen können dann nicht mehr so intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, wie sie vielleicht vorher genutzt wurden.

Wie kann man da die Landwirtschaft mit ins Boot nehmen? Wir müssen die Landwirtschaft nämlich mit ins Boot nehmen, und wir müssen die Landwirtinnen und Landwirte im Grunde zu Landschaftsgärtnerinnen und Landschaftsgärtnern machen. Das ist meine feste Überzeugung. Wir müssen sie für ihre Tätigkeit zugunsten des Landschaftsschutzes und des Naturschutzes kompensieren. Das bedeutet finanzielle Unterstützung. Also, wir müssen den Vertragsnaturschutz mit der Landwirtschaft stärken und intensivieren. Das ist meines Erachtens eine neue Perspektive für die Land- und Forstwirtschaft, aber im Grunde ist es eine traditionelle Perspektive.

Zum Rechtsrahmen. Wir müssen uns vor Augen führen, wir haben hier Unionsrecht und Ordnungsrecht bekommen. FFH-Recht ist Ordnungsrecht. Die Wasserrahmenrichtlinie mit dem jetzt vom EuGH massiv eingesetzten Verschlechterungsverbot als harte Grenze für einzelne Vorhaben ist Ordnungsrecht. Die Nitratrichtlinie ist Ordnungsrecht. Im Pflanzenschutzrecht haben wir auch Ordnungsrecht. Was uns Sorge macht, ist die gute fachliche Praxis, die im Naturschutzrecht weich ausgelegt und nicht kontrolliert wird. Wir brauchen dafür einen Rahmen, also ein Rahmengesetz, das das Ganze integriert. Meines Erachtens brauchen wir auch, wenn es sich nicht um einen Mastbetrieb handelt, der eh unter das Bundes-Immissionsschutzgesetz fällt, eine Art Zulassung für landwirtschaftliche Betriebe. Das muss nicht heißen, dass sie nicht zugelassen werden. Das ist ein präventives Verbot mit Erlaubnisvorbehalt, und man hat einen Anspruch auf Genehmigung, wenn man die Voraussetzungen erfüllt. Die Voraussetzungen für einen landwirtschaftlichen Betrieb müssen grob festgelegt werden. Das ist meines Erachtens erforderlich, weil das starke Auswirkungen auf globale Güter, aber auch auf örtliche und regionale Gemeinschaftsgüter hat. Das heißt, wir müssen das Ganze bündeln und sichtbarer und durchsetzbarer machen. Das ist die Crux zurzeit. Das Ordnungsrecht, das wir haben, kommt nur punktuell zum Tragen und wird in der Fläche oftmals nicht durchgesetzt.

Zur Frage, ob wir nicht doch eine Planung von oben nach unten brauchen. Ja, die brauchen wir immer. Wir haben aber gerade im Rahmen der Raumordnung auch das Gegenstromprinzip. Das heißt, die übergeordnete Planung muss auch immer die darunter liegende mit einbeziehen und umgekehrt. Also, wir haben hier eine wechselseitige Berücksichtigung der Planungsebenen. Daher wäre ich weder für einen reinen Bottom-up- noch einen Top-down-Prozess. Der Landesentwicklungsplan ist das Landschaftsprogramm und muss sehr grobkörnig den Rahmen setzen. Das muss runtergebrochen werden im Landschaftsrahmenplan, und es muss zum Schwur kommen auf der örtlichen Landschaftsplanungsebene. Das ist richtig, aber genauso muss sich das auch nach oben fortsetzen. Wir müssen mehr Senkenfunktionen von Flächen nutzen. Wir müssen Ökosysteme und ihre Leistungen schützen.

Das bedeutet weniger intensive Landwirtschaft und Tierproduktion. Das müssen wir als Konzept begreifen. Das muss nicht heißen, dass wir in Nordrhein-Westfalen keine Landwirtschaft mehr betreiben können, sondern Landwirtschaft muss anders betrieben werden, und dafür muss meines Erachtens ein Landwirtschaftsgesetz den Rahmen setzen, um das Leitbild festzuzurren und damit einen Bewusstseins- und dann auch Handlungswandel herbeizuführen. – Vielen Dank.

Caroline Labonte (Landwirtschaftskammer NRW): An mich wurden drei Fragen gerichtet. Zum einen ging es um Kompensation; dazu hat Frau Schlacke schon ausgeführt. Hier sehen wir ein großes Problem gerade im Landesentwicklungsplan und im Regionalplan, dass landwirtschaftliche Nutzfläche auch als Freifläche angesehen wird. Sie hat keinen Schutzstatus. Das heißt, sämtliche Planungen laufen auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen. Hier gibt es keine Unterscheidung zwischen wertvollen und nicht wertvollen Flächen. Die Betroffenheit der Betriebe wird zwar geprüft, aber in den Planungen insgesamt häufig auch weggewogen oder ausgezahlt. Wir würden es begrüßen, Landwirtschaft auch als Planzeichen zu etablieren, um den Schutzstatus besonderer Flächen, beispielsweise von Kaltluftschneisen zur Grundwasserneubildung, in den Planungen zu berücksichtigen. Dies ist derzeit nicht der Fall.

Zum anderen ist die Landwirtschaft nicht nur durch die Planungen selber betroffen, sondern auch durch die Kompensationsmaßnahmen, die häufig auch auf den landwirtschaftlichen Flächen etabliert werden. Hier sehen wir Möglichkeiten, die Ökokonten der Gemeinden und der Kommunen offenzulegen und ein einheitliches, verbindliches Verfahren zur Kompensation und zur Bewertung zu schaffen, da überall unterschiedliche Verfahren angewendet werden, die überall unterschiedlich stark die Landwirtschaft betreffen. Eine Flächenschonung der Landwirtschaft ist mit keinem der Verfahren gegeben. Hier wäre es anzugleichen. Dies wäre auch eine Möglichkeit, dass alle mit den gleichen Karten spielen und sich nicht aussuchen, mit welchem Verfahren es für sie am optimalsten ist. Hier wären auch Möglichkeiten vorhanden, Kompensationsflächen zusätzlich aufzuwerten. Gerade im Wald haben wir durch die trockenen Jahre große Schäden. Hier wäre es durch Kompensation möglich, den ökologischen Umbau zu fördern. Das wäre gleichzeitig eine Flächenschonung der landwirtschaftlichen Flächen.

Die nächste Frage bezog sich darauf, welche Anpassungsmaßnahmen bisher gelaufen sind. Hier muss man sagen, dass es die Effizienzsteigerungen in den letzten Jahren waren. Es ist immer im eigenen Interesse aller landwirtschaftlichen Betriebe, wenn mit weniger Input mehr Output erreicht wird oder es optimierter ist, um unter den Standortbedingungen betriebsindividuell sein Optimum zu finden. Das macht sich auch immer im Geldbeutel bemerkbar. Das heißt, das alles war schon Klimaschutz und ist auch weiterhin Klimaschutz.

Was gerne in der Förderung genommen wurde, waren die bodennahen Ausbringungen, die Abdeckung von Güllebehältern. Das ist eine der beliebtesten Förderungen hier in NRW, die jetzt auch auf ganz Deutschland ausgeweitet wurde.

Was könnte zukünftig noch gemacht werden? Die Emissionsförderung besteht weiterhin. Zukünftig könnte die produktionstechnische Beratung, insbesondere eine neutrale produktionstechnische Beratung, eine Möglichkeit sein, um zu weiteren Effizienzsteigerungen zu kommen. Dies ist immer schwierig. Es gibt nicht die allgemeine Beratung. Das ist immer betriebsindividuell zu lösen. Hier sind auf jeden Fall noch weitere Möglichkeiten gegeben, da noch nicht jeder Betrieb eine Beratung angenommen hat.

Die letzte Frage bezog sich auf das Verschlechterungsverbot der Wasserrahmenrichtlinie. Hier ist es beim Thema „Menge und Qualität“ so, dass wir es nicht weiter verschlechtern. Wir sehen aber im Wasserrahmenrichtlinie-Monitoring, dass die Grundwasserkörper zum Thema „Menge“ fast alle auf Grün gestellt sind. Das heißt, gerade im Münsterland haben wir von der Wasserrahmenrichtlinie her einen guten Zustand der Menge.

Wenn wir Wasserentnahmen in der Landwirtschaft betrachten, muss man diese vielleicht etwas anders betrachten als die aus der Industrie. Wir haben hier den kleinen Wasserkreislauf. Alles, was auf landwirtschaftlichen Flächen als Wasser eingesetzt wird, kommt in Teilen wieder im Grundwasser an. Das ist bei industriellen Entnahmen derzeit nicht so. Das heißt, das fließt über die Flüsse ab. Das sind also wirkliche Entnahmen. Hier sehen wir, dass im Zusammenhang mit dem Klimawandel die Wasserwirtschaft und die Landwirtschaft einen Lösungsweg finden können und auch möchten, und hier gibt es viele Kommunikationen, viele Möglichkeiten der Diskussion. Hier wird die Zusammenarbeit verstärkt, und hier sind noch mehr Möglichkeiten, um gemeinsam Lösungen zu finden. Denn alleine ist es weder für die Wasserwirtschaft noch für die Landwirtschaft möglich, das hinzubekommen.

Dr. Marco Springmann (Oxford Martin School): Die erste Frage der SPD-Fraktion bezog sich auf den Rechtsrahmen und die Effekte. Frau Schlacke hat das schon gut dargestellt. Wichtig sind Indikatoren, die sowohl die gesundheitlichen Aspekte als auch die Nachhaltigkeit der Landwirtschaft auf Landesebene darlegen. Es wurde schon öfters angesprochen, dass die Datenlage zwar gegeben, aber relativ schlecht einsehbar ist. Das könnte um einiges verbessert werden, um zu überprüfen, wie sich die Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion in NRW ändert.

Über die finanziellen Anreize, die man auf Landesebene treffen kann, haben wir schon gesprochen. Ich möchte hier anmerken, dass man immer darauf bedacht sein sollte,

möglichst Produktions- und Konsumänderungen zusammen zu denken. Wir kommen nicht zu einem nachhaltigen Ernährungssystem, wenn wir nur die eine Sache, aber nicht die andere ändern. Hier sind zum Beispiel Änderungen in der öffentlichen Beschaffung anzusprechen, die wichtig sind, oder die Ernährung in öffentlichen Einrichtungen, die sehr viel gesünder und nachhaltiger gestaltet werden könnte. Das kann durchaus auf Landesebene passieren.

Jetzt möchte ich auf die Frage aus der AfD-Fraktion eingehen. Die Statistiken, die öffentlich zugänglich sind, deuten an, dass es seit Mitte der 90er-Jahre zu keinem wirklichen Fortschritt beim Fleischkonsum gekommen ist. Es gibt keinen merklichen Rückgang beim Fleischkonsum, aber einen Anstieg beim Konsum von Milchprodukten. Man kann also nicht sagen, dass die deutschen Ernährungsmuster über die letzten 30 Jahre nachhaltiger oder gesünder geworden sind.

Zu Wunsch und Wirklichkeit. Es ist erschreckend, zu sehen, wie überproportional der Einfluss der deutschen Ernährungsmuster ist. Wir nutzen pro Kopf drei- bis viermal so viele Ressourcen, um unsere Ernährungsmuster bereitzustellen, als zum Beispiel Menschen in Niedriglohnländern. Deswegen haben wir eine übermäßige Verantwortung, unsere Ernährung umzustellen. Wie gesagt, wenn alle so essen würden wie wir Deutschen, würden wir das Pariser Klimaziel dreimal nicht erreichen. Also, wir müssen hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Denn alles andere wäre global nicht gerecht. Zum einen hätte es positive Auswirkungen auf die nationale Gesundheit, zum anderen auf den Klimawandel.

An dieser Stelle möchte ich auch anmerken, dass es unumstritten ist, dass insbesondere die letzte Dekade global eine der wärmsten Dekaden war. Die Mehrheit der wissenschaftlichen Veröffentlichungen und der wissenschaftlichen Gemeinde sehen den Klimawandel als ernstes Problem, und die Position, die hier Herr Limburg hier einnimmt, kann man wirklich nur als Randnotiz wahrnehmen und als nicht wissenschaftlich bezeichnen. Das muss man hier ganz klar sagen. Herr Limburg hat auch ab und zu den IPCC-Report angesprochen und gesagt, dieser sei seiner Meinung nach nicht wissenschaftlich. Das kann man so nicht stehen lassen. Dieser Report ist wissenschaftlich, und an diesem ist die Mehrheit der Klimawissenschaftler beteiligt. Insofern kann man diesen als Konsensusschrift und -bericht ansehen, und daher möchte ich Ihnen diesen Bericht zur Lektüre empfehlen.

Prof. Dr. Michael Greef (Julius Kühn-Institut, Braunschweig): Herr Haupt, Ihre Frage bezog sich auf die Chancen und Möglichkeiten der Technikentwicklung. Grundsätzlich ist festzustellen, dass es hier eine Entwicklung gibt und dass Technik und Technologie weiterentwickelt werden. Das ist sehr zu begrüßen. Wir sind auf einem guten Weg, und das möchte ich an einem kleinen Beispiel ausführen. Ich nenne die Gülleanwendung oder den Miststreuer mit Prallteller, der vor etlichen Jahren noch üblich war. Dieser wird jetzt abgelöst durch eine Gülleausbringung mit Schlauch oder Injektion, und die Entwicklung geht noch weiter.

Zu den Chancen. Hier öffnen sich die Techniken und auch die Technologien, die hier zu nennen sind, bis hin zur Digitalisierung. Daraus resultiert letztlich eine immer bessere teilflächenspezifische Ansprache der Gegebenheiten, was dort entsprechend

durchzuführen ist, und führt zu einer höheren Effizienz und auch dazu, dass die Austräge mehr und mehr vermindert werden.

Allerdings sind hier auch gegenläufige Trends zu beobachten. Ich möchte es am Beispiel der Pflanzenschutzmittel anführen. Wenn dort aus bestimmten Gründen immer mehr Wertstoffe herausgenommen werden, führt das den Landwirt in eine schwierige Situation. Denn dann kann er bestimmte eingespielte Verfahrensweisen nicht mehr durchführen, und die Alternativen sind noch nicht ausgereift, um dem begegnen zu können. Hier brauchen wir also eine bessere Absprache hinsichtlich der Ziele, die man aus Umwelt- und gesundheitlichen Gründen erreichen möchte, und den Möglichkeiten, wie diese Ziele zu erreichen sind. Das soll heißen, dass die Entwicklungen, die auf technischer und technologischer Seite passieren, auch beim Landwirt ankommen müssen. Daher möchte ich hervorheben, dass das Beratungswesen speziell geschult und ausgedehnt sein muss, nämlich in der Form, dass es mehr an den Zielvorgaben und Wirkungen gemessen sein sollte. Das soll aber nicht heißen, dass es nur um den betrieblichen Erfolg des Betriebes geht, der beraten wird. Ich möchte es an den Nitratausträgen deutlich machen, die im Ordnungsrecht vorgegeben werden. Letztendlich braucht es eine Beratung, die den Wirkungsnachweis erbringen kann, dass hier weniger Nitrat rauskommt und dass es nicht nur darum geht, den Dünger entsprechend sachgerecht anzuwenden.

Letztendlich hängt es aber entscheidend davon ab, wie die Betriebe aufgestellt sind. Technik und Technologie bedeuten Investitionen, und deren Anwendung ist auch teuer, mit Lizenzen, mit Software etc. Das muss sich rechnen. Das hängt davon ab, ob ein Betrieb ein Haupterwerbsbetrieb oder ein Nebenerwerbsbetrieb ist.

Der zweite entscheidende Faktor dabei ist der Bodenmarkt. Das heißt, bewirtschafte ich eigene Flächen, oder bewirtschafte ich angepachtete oder Pachtflächen? Das ist entscheidend für die Rendite, und danach entscheidet der Landwirt, ob er diese Technik bzw. Technologie einsetzen wird. Diese Verschiebungen sind natürlich eklatant. Wenn ich nur auf Pachtflächen arbeite, sind die Zielsetzungen der Nachhaltigkeit in einem anderen Licht darzustellen, als wenn ich das auf Betriebsflächen mache. Das bedeutet, wir haben es hier mit einem Generationenproblem zu tun. Die althergebrachten Bewirtschaftungsweisen im Sinne des Familienbetriebs werden sich so nicht mehr aufrechterhalten lassen. Das heißt, man muss hier den etwas teureren Technik- und Technologieeinsatz auch praktisch überbetrieblich gestalten. Sonst kann er sich nicht mehr rechnen; denn die Produkte sind nun einmal sehr teuer. Und auch der Sorteneinsatz, Hybridsorten etc. werden immer teurer, woraus auch Abhängigkeiten entstehen, auch hinsichtlich der Absatzwege. Das soll heißen, der Trend, den wir in der Vergangenheit hatten, dass alles spezialisierter und damit auch effizienter wurde, hat zu einer Entkoppelung geführt, und zukünftig ist dieses zu hinterfragen. Es muss wieder mehr zu einer Koppelung kommen.

Also, zurück zu diesen kreislauforientierten kleineren Betriebsstrukturen. Ich hatte ja angesprochen, ob das bei den Flächenstaaten so möglich ist. Das ist ganz entscheidend für Deutschland. Wir haben den Südwesten mit den Kleinstrukturen, aber den Nordosten mit den größeren Flächenstrukturen, und das hängt von unserem Zugang zum Großseehafen ab. Solange der gegeben ist, wird sich ein Landwirt immer dafür

entschieden, auf Export zu setzen – Export/Import –, weil er damit seine Rendite entsprechend effizienter gestalten kann, als das im regionalen Maßstab der Fall sein wird. Und das hat ganz entscheidend damit zu tun, ob die Technologieentwicklung auch Anwendung findet. – So weit meine Ausführungen.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Dann spricht jetzt als Letzter in dieser Runde Herr Limburg. Bitte schön. – Wir sehen Sie, aber wir hören Sie nicht. Laut unserer Technik sind Sie freigeschaltet. Sie müssten aber Ihr Mikrofon aktivieren. – Leider hören wir Sie immer noch nicht. – Ah, jetzt hören wir Sie auch.

Michael Limburg (EIKE e. V.): Sie sehen und hören mich auch?

Vorsitzender Markus Diekhoff: Ja, perfekt.

Michael Limburg (EIKE e. V.): Auch Herr Springmann? – Wunderbar.

Danke, dass ich noch mal Gelegenheit habe, darauf zu antworten. Aber bevor ich im Detail darauf eingehe, Folgendes: Herr Springmann, Sie sollten mir nicht die Worte im Mund verdrehen. Ich habe weder in meinem Statement mündlicher noch schriftlicher Art behauptet, dass das IPCC keine wissenschaftlichen Arbeiten veröffentlicht oder dieses oder jenes betreibt. Wer allerdings sagt, dass in der Wissenschaft Mehrheiten entscheiden, der hat wirklich nicht verstanden, wie Wissenschaft funktioniert. Denken wir nur an Galileo, denken wir an Wegener, denken wir an viele andere. Also, Wissenschaft basiert auf Fakten, und dann setzen sich bestimmte Lehrmeinungen durch. Diese können durchaus mehrheitlich sein, aber sie sind deswegen nicht entscheidend. Ob das so ist, entscheiden nur die Fakten. Das sollte man also beherzigen.

Die Frage, ob Fleischkonsum mehr oder weniger gut oder schlecht ist, will ich nicht beantworten. Das kann ich auch nicht beantworten. Ich bin trotz Fleischkonsums über 80 Jahre geworden; das kann bei anderen Leuten anders sein. Das ist nicht mein Punkt.

Worauf ich hinauswill, ist, dass der Anteil von Nordrhein-Westfalen an den gesamten CO_2-Emissionen nur 3,5 % des nordrhein-westfälischen Emissionsbudgets beträgt. Weltweit ist es mehr. Da sind es 11 %, wie ich gerade nachgucken konnte. Und der Anteil steigt insgesamt langsamer als der Rest der Emissionen. Da sind es 14 % gegenüber den 50 % von Kyoto, die ich erwähnte. Insofern ist der gesamte landwirtschaftliche Bereich, besonders in Deutschland und noch viel besonderer in NRW, ein Nebenkriegsschauplatz, mit dem wir uns hier beschäftigen, wenn man von der Annahme ausgeht, dass das CO_2 oder entsprechende Treibhausgase die Temperatur dieses Planeten oder der Atmosphäre, um genauer zu sein, überhaupt beeinflussen kann.

Die großen Posten sind Verkehre, Haushalt und Energie, und darauf zielte Ihre Frage, Herr Blex: Wer folgt uns denn hier in Deutschland und in der EU? – Das kann ich Ihnen sagen: so gut wie keiner. Selbst die USA als einer der größten Emittenten weltweit

haben schon unter Trump die Kehrtwende geschafft und ihre Emissionen leicht gesenkt, weil sie von den Kohlekraftwerken Abstand genommen und das billigere Gas verwendet haben. Das haben sie durch Fracking gewonnen, was natürlich vielen Grünen ein Dorn im Auge ist. Also, Biden wird das fortsetzen, was Trump begonnen hat. Dagegen kann man nichts sagen. Denn es ist wirtschaftlich, es ist vernünftig. Warum sollte man es also nicht tun?

Ganz anders hingegen agieren die großen Entwicklungsländer. Ich nenne beispielhaft Indien und China. Allen ist es erlaubt – auch nach dem Pariser Klimaübereinkommen –, so viel zu steigern wie möglich, und das tun sie auch. Weltweit befinden sich derzeit – und das ist der große Bereich Energie – über 1.500 Kohlekraftwerke im Bau, und das einzige Land, das seine Treibhausemissionen gesenkt hat, sind die USA. China allein hat eine Kapazität von 1.100 GW an Kohleleistung. Die gesamte EU hat 150 GW. Das sind rund 15 %. Deutschland hat nur noch 40 GW. Also, wenn wir all das stilllegen, ist das in etwa so viel, wie China in einem Jahr dazubaut, und das tut China, weil es Wohlstand haben will. Dazu gehören der Milchverbrauch und Fleischkonsum, aber auch andere landwirtschaftliche Produkte. Und wir können froh sein, dass die Armut auf diese Weise in der Welt drastisch reduziert wurde, von ursprünglich 50 % der Weltbevölkerung in 1960 auf jetzt 12 bis 13 %. 800 bis 900 Millionen Menschen sind immer noch sehr viel, immer noch zu viel. Auch um diese Menschen sollten wir uns kümmern. Alles andere ist unwichtiger. Wir dürfen diesen Menschen nicht ihre Lebenserwartung stehlen und sie hindern, ihren Wohlstand zu steigern, indem sie auf billige Energie – zum Beispiel durch Kohle, zum Beispiel durch Öl, zum Beispiel durch Kernenergie – Zugriff nehmen können.

Es folgt uns also so gut wie niemand. Und wenn ein Vorreiter merkt, dass ihm niemand folgt, dann hat er doch etwas falsch gemacht. So sollten jedenfalls Menschen, die ihren gesunden Menschenverstand einschalten, denken. – Danke.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Damit kommen wir zur nächsten Fragerunde. Bitte, Herr Dr. Born.

Dr. Helmut Born (Sachverständiger EK V): Meine Frage geht an Herrn Professor Greef und Frau Professorin Schlacke.

Frau Schlacke, Sie haben Ihr Papier mit den Teilen Ökologisierung, Diversifizierung, Planungsrecht und Rechtsänderung erläutert. Ökologisierung und Diversifizierung, wie Sie sie vorschlagen, führen zu einer doch deutlichen Abkehr von dem, was die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen in den letzten 50 oder 100 Jahren ausgemacht hat. Einer der Experten hat gesagt, wir haben die Fleischproduktion rund um das Ruhrgebiet, und das macht einen Großteil der Landwirtschaft aus. Es wird also zu einem erheblichen Anpassungsbedarf führen, wenn man Ihrem Konzept folgt. So schlussfolgere ich es jetzt mal.

Was mir fehlt in Ihrem Papier, ist, dass man diese Anpassung irgendwie quantifiziert, greifbar macht, also ökonomisch, wirtschaftlich, sozial. Immerhin reden wir hier über 1,2 Millionen Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, die in der Kette auf zum Teil hoch leistungsfähigen Arbeitsplätzen beschäftigt sind. Kommen in Ihren Überlegungen, die

natürlich erst einmal klimapolitisch ausgerichtet sind, die ökonomische, die wirtschaftliche und die soziale Seite – diese gehört schließlich auch zur Nachhaltigkeit – überhaupt vor?

Die zweite Konsequenz, die ich aus Ihren Vorschlägen ziehe: Wenn sich die Idee, die Klimaziele gemeinsam global umzusetzen, aus welchen Gründen auch immer nicht verwirklichen lässt, wenn sich die Konsumgewohnheiten, die Sie angesprochen haben, nicht so schnell ändern, wie wir uns das vorstellen, dann wird die Umsetzung Ihres Konzeptes für Nordrhein-Westfalen den ohnehin bestehenden großen Nettoimportbedarf an Nahrungsmitteln noch erhöhen. Mich interessiert, wie Sie diesen in Ihrem Konzept aufgenommen haben und ob Sie den Weg dieses radikalen Wechsels vielleicht etwas korrigieren können, so wie es Herr Professor Greef angesprochen hat. Man muss ausgehen von dem, was da ist, und dann schauen, wie man etwas weiterentwickeln kann, damit man in einer Welt, wie sie ist, auch vernünftig zu einer guten Politikgestaltung kommen kann.

Prof. Dr. Marcus Mergenthaler (Sachverständiger EK V): Ich möchte eine Frage an Frau Schlacke und Herrn Greef richten, und zwar im Hinblick auf bisherige Bilanzierungsregeln und die tatsächliche Klimawirkung. Einmal möchte ich das Methan ansprechen, das in der bisherigen Bilanzierung auf 100 Jahre gerechnet wird, wir aber wissen, dass die Klimawirkung kurzfristig sehr viel stärker ist.

Wenn der Klimawandel, wie wir es die letzten Jahre beobachtet haben, womöglich stärkere Auswirkungen hat, was bedeutet das dann für die Tierhaltung? Es gibt aus der Tierhaltungsbranche heraus die Argumentation, dass konstante Tierbestände, solange die Methanumsetzung auf dem gleichen Level gehalten wird und nicht zunimmt, klimaneutral seien. Das wäre meine erste Frage.

Meine zweite Frage bezieht sich auf die angesprochenen Schattenflächen bzw. virtuellen Flächenimporte, wo wir das Problem haben, wie wir eigentlich mit vergangener und zukünftiger Rodung umgehen. Dazu wurde das Konzept der Kohlenstoffopportunitätskosten eingeführt. Inwiefern halten Sie das für ein hilfreiches Konzept, um frühere und eventuell noch anstehende Flächenumnutzungen besser in Ausgleich zu bringen oder besser in unserer Bilanzierung zu berücksichtigen? Welche Konsequenzen hat das möglicherweise für eine in die Zukunft gerichtete Ausrichtung unserer Landwirtschaft?

Stephan Haupt (FDP): Meine Fragen richten sich an Frau Professorin Schlacke und Herrn Dr. Springmann.

Ihre Ansätze sind stark vom Ordnungsrecht geprägt und würden eine radikale Änderung der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen zur Folge haben. Jetzt ist es so, dass die Landwirte das produzieren, was der Verbraucher nachfragt und auch am Markt absetzbar ist. Das würde bedingen, wenn man Ihr Konzept umsetzen würde, dass der Verbraucher und die Verbraucherschaft ihr Verhalten komplett ändern würden. Jetzt könnte es so sein, dass wir mündige Verbraucher haben, dass nicht jeder Verbraucher bereit ist, plötzlich auf 90 % seines Fleischkonsums zu verzichten und diesen durch

Gemüse zu ersetzen. Wie wollen Sie verhindern, dass durch die Umsetzung Ihres Konzepts die Probleme nicht einfach nur ins Ausland verlagert werden?

Norwich Rüße (GRÜNE): Wir haben jetzt viel über Tierhaltung gestritten, aber von drei Maispflanzen landet eine in der Biogasanlage. Das ist auch eine Frage, die wir gestellt haben. Insofern wüsste ich gerne von Ihnen, Frau Schlacke und Herr Greef, welche Perspektiven die Erzeugung von Energie aus der Landwirtschaft überhaupt noch hat.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Limburg, es wird häufig der Schrecken projiziert, dass der Klimawandel in Form einer Klimaerwärmung erfolgt und dass wir dann alle den Hitzetod sterben oder in der Dürre enden werden etc. Wir befinden uns in den mittleren Breitengraden, in der gemäßigten Zone. Meines Wissens würde eine Erwärmung die gemäßigten Breiten bevorzugt treffen. Deswegen möchte ich von Ihnen eine Einordnung haben, was für die Landwirtschaft eigentlich die sinnigeren Temperaturen sind. Wäre ein kälteres Klima wie vor 10.000 Jahren für die Landwirtschaft und für das Überleben der Menschen hier in Zentraleuropa besser, oder wäre das Römische Klimaoptimum eine bessere Voraussetzung für die Landwirtschaft? Denn häufig wird mit der Dürre und den Hitzetoden argumentiert.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Dann steigen wir jetzt in die nächste Antwortrunde ein, und ich erteile Herrn Professor Greef das Wort.

Prof. Dr. Michael Greef (Julius Kühn-Institut, Braunschweig): Zum Thema „Flächenumnutzung“, auch im Sinne einer möglichen Ökologisierung. Das kann man sehr wohl realisieren, auch hinsichtlich der Effizienzgestaltung. Ich möchte das Beispiel anbringen, dass die Bewirtschaftung mit Ackergerät etc. möglichst gradlinig erfolgen sollte, also von den Maschinen her usw. Das würde bedeuten, dass man Randstrukturen, die immerhin 15 % einer landwirtschaftlichen Betriebsfläche oder im Betriebsdurchschnitt ausmachen, sehr wohl auslasten kann, indem man wertvolle Elemente gestalten kann. Dieses wird zurzeit auch schon gefördert usw. Das heißt, wir können es uns durchaus leisten, bestimmte Flächen aus der eigentlichen Produktion herauszunehmen, dort entsprechende ökologische Elemente einzuführen, beispielsweise Schutzstreifen. Das kann man sehr wohl ausarbeiten, auch in einem kommunalen Landschaftsbild. Das hätte auch zur Folge, dass die übrig bleibende eigentliche Bewirtschaftungsfläche noch effizienter gestaltet und noch zielgerichteter angefahren werden kann. Hier sind eine ganze Menge technologischer und anderer Möglichkeiten in der Entwicklung, die das auch ermöglichen werden. Das ist übrigens ein alter Ansatz, dass man marginalere Flächen, die nicht diese hohe Produktivität aufweisen, entsprechend rückfahren kann, um auf den Flächen zu bleiben, auf denen man eine entsprechende Intensität realisieren kann. Das sollte aber in einem Kontext passieren, wo möglichst eine Koppelung erreicht werden sollte, und nicht zu einer größeren Spezialisierung führen.

Jetzt habe ich die zweite Frage vergessen.

Norwich Rüße (GRÜNE): Es ging um die Energieerzeugung.

Dr. Helmut Born (Sachverständiger EK V): Herr Greef, ich hätte gerne von Ihnen gehört: Wenn man das Konzept, das Frau Professorin Schlacke vorgestellt hat, auf Nordrhein-Westfalen überträgt, welche Konsequenzen hat das dann aus Ihrer Sicht für den Sektor hier, und welche Bedeutung hätte das für weitere Importe, die dann notwendig wären?

Prof. Dr. Michael Greef (Julius Kühn-Institut, Braunschweig): Ich hatte schon ausgeführt, dass die Tiere letztendlich mit Futterpflanzen versorgt werden, und diese brauchen die Fläche. Jegliche Rücknahme der Futterversorgung über die Futterpflanzen würde automatisch zu einer Verlagerung ins Ausland oder in die sogenannten Schattenflächen führen. Das bedeutet auch, dass sich die Einfuhr von anderen Produkten, was die Nahrungsversorgung angeht, entsprechend verschieben würde.

Solange die Tierbestände in der Form aufgestellt sind und bleiben und der Futterbedarf mit den eigenen Flächen nicht gedeckt werden kann, ist es zwingend notwendig, dass das Futter von woanders herkommt. Das ist gar nicht anders möglich. Die entsprechende Kontrolle oder Durchführung, wenn es dann im Ausland produziert wird, liegt dann nicht mehr in unserer Hand.

Es wurde auch nach der Rodung in Südamerika und anderen Ländern gefragt. Natürlich kann man die Generation von Soja oder Sojaschrot auf den Flächen so zu werten, dass auch Wald herausgenommen wurde.

Eine andere Sache ist, es wird eine Leguminose angebaut, die atmosphärischen Stickstoff bindet. Eigentlich ist das eine ganz positive Geschichte. Zumindest muss die Soja nicht mit Mineraldünger oder Gülle gedüngt werden. Das ist eigentlich eine positive Sache. Nur, sie findet in einem sehr großen Ausmaß im Ausland, in Südamerika, statt. Es wäre günstiger, wenn dieses hier auf unseren eigenen Flächen passieren würde, wo wir praktisch auch mit Leguminosen Stickstofffixierung realisieren und auch den organischen Dünger statt synthetischer Dünger einsetzen könnten. Es ist so, dass wir praktisch drei Viertel unserer Nährstoffversorgung über organischen Dünger realisieren können. Wir düngen aber praktisch 50 % zu viel mit mineralischem Dünger. Da ist also noch einiges zu tun, und das muss immer wieder entsprechend gekoppelt werden.

Die dritte Frage bezog sich auf Biogas. Eigentlich war es gar nicht notwendig, Biogasanlagen in dem Umfang zu installieren. Es wurde ja damals gefördert. Das war damals unter Künast entsprechend stark favorisiert worden. Man hätte das mal zu Ende denken sollen, wie viel Energieversorgung wir dadurch eigentlich schaffen. Lohnt sich der Aufwand usw.? Letztendlich hat uns das noch mehr Silomaisanbau beschert. Günstig wäre es gewesen, diese Biogasangelegenheit nur an das Gülleaufkommen zu koppeln, ohne das durch pflanzliche oder andere Substrate zu verstärken. Ich will nicht sagen, dass es falsch ist, Biogas zu produzieren. Aber die Signale gingen eigentlich in die falsche Richtung, und das hätte man besser durchdenken müssen. Generell können wir uns für die Zukunft gar nicht so sehr erlauben, so viel Energie vom Acker zu holen.

Letztendlich muss man sich auch einen anderen Sektor ansehen. Nahrungsmittel, ob fleischlich oder pflanzlich, dienen unserer Bedürfnisbefriedigung. Eine andere Bedürfnisbefriedigung neben Wärme usw. ist unsere Kleidung. Ist uns eigentlich bewusst, dass durch den Baumwollanbau praktisch ein Drittel der … (akustisch unverständlich) Fläche belegt ist? Baumwolle ist im Ackerbaulichen, Pflanzenbaulichen eine höchstkritische Pflanze. Sie bedingt den höchsten Insektizideinsatz. Natürlich gibt es auch gentechnisch veränderte Baumwolle, um den Insektizideinsatz zu reduzieren. Aber das leisten wir uns letztendlich. Baumwolle ist eigentlich nur Kleidung, also Faserproduktion. Also, die Frage, nachwachsende Rohstoffe in unserer Landwirtschaft zu integrieren, ist eine Chance. Aber man muss sehen, zu welchen Umweltkosten das geschehen kann, entsprechende Fasern, beispielsweise die Baumwolle, zu produzieren. Das sind letztendlich Entscheidungen, die nicht im kleinstteiligen Bereich von Nordrhein-Westfalen liegen. Da spielt der Anbau nachwachsender Rohstoffe keine große Rolle.

Prof. Dr. Sabine Schlacke (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Ich fange von hinten an und bitte, die Antworten gegebenenfalls zuzuordnen.

Herr Greef ist gerade schon auf die Frage Biomasse und Biogas eingegangen. Ich denke, dass wir durch das EEG möglicherweise nicht so ganz das Richtige gesteuert und angereizt haben. Wir als WBGU haben schon 2007 gesagt, dass Bioraps und andere Biomasse, die letztendlich als Biokraftstoff im Tank landet, Second oder Third Best ist. Das Beste wäre, um die Effizienz zu steigern, dass das Ganze verstromt wird. Das findet in der Regel nicht statt. Und Biomasse unterliegt – das hat Herr Greef sehr schön ausgeführt – einer massiven Konkurrenz mit der Ernährungssicherheit und den Flächen, die lieber genutzt werden sollten, um Nahrungsmittel herzustellen. Also, das ist in Deutschland tatsächlich zum Teil in die falsche Richtung gegangen, aber letztendlich ein Problem auf Bundesebene durch die EEG-Förderung.

Insgesamt kann ich zu Biomasse auch keine abschließende Stellungnahme abgeben. Ich habe mich für die Holzrohstoffe starkgemacht und gesagt, wir könnten mit Holz im Gebäudebereich einen Kreislauf schaffen und eine nachhaltige Holzwirtschaft generieren. Das muss mit einer entsprechenden Aufforstung in den Ländern verbunden sein, aus denen das Holz kommt. Insofern müsste man da die Förderung stark reduzieren.

Mir wurde eben unterstellt, ich hätte quasi nur auf Ordnungsrecht gesetzt. Da möchte ich die Nuance machen, dass ich für bestimmte Bereich auf Ordnungsrecht gesetzt und auch Ordnungsrecht erwähnt habe. Ich habe aber nicht nur auf Ordnungsrecht gesetzt, sondern auch sehr viel über finanzielle Anreize gesprochen. Das möchte ich noch mal klarstellen. Es ist klar: Wenn wir das Ordnungsrecht stärker betonen, etwa in einem landwirtschaftlichen Rahmengesetz integrieren – denn wir haben schon Ordnungsrecht für die Landwirtschaft –, dann ist das eine Änderung für die Landwirtschaft, und das wäre ein Vorteil für die Behörden, die das zu überwachen haben, weil sie dann wüssten, dass das alles in einem Gesetz steht. Das gilt auch für das, was es schon gibt; das muss eigentlich gar nicht fortentwickelt werden. Ich sehe den Hauptfaktor

darin, dass wir die Umsetzung des vorhandenen Ordnungsrechts nicht ausreichend überwachen, um, wenn es nicht eingehalten wird, mit Sanktionen zu reagieren.

Sie haben nach der Verbraucherschaft gefragt, ob denn der Verbraucher sein Verhalten ändert. Meine beiden Töchter tendieren zum Vegetarierinnendasein. Und das gilt nicht nur für meine Töchter, sondern das gilt für die gesamte Generation zwischen 20 und 35.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Nein, nein!)

Da sehen wir einen massiven Bewusstseinswandel – das lässt sich auch durch empirische Untersuchungen belegen –, der sich in einem anderen Handeln ausdrückt. Das heißt, Tierprodukte werden gar nicht mehr nachgefragt. Das muss Politik aus meiner Sicht zur Kenntnis nehmen. Insofern meine ich, dass wir schon heute eine Verhaltensveränderung bemerken können, und deswegen kann auch die Verlagerung ins Ausland aufgrund der fehlenden Nachfrage verhindert werden.

Das Ganze kann natürlich noch durch Bildung in Sachen nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Ernährung verbessert werden. Diese Bildung muss in der Kita ansetzen, über die Grundschule weitergeführt werden und bis zu den weiterführenden Schulen reichen. Man muss sich auch das Schulessen ansehen und dafür sorgen, dass Kantinen wenigstens ein Gericht nach der Planetary Health Diet anbieten; das gilt gerade für unsere Schulen und Kitas. Nur so kann man ein Verhalten und ein Bewusstsein ändern.

Zur Frage, ob wir für Nordrhein-Westfalen quantifiziert haben, was ein Wandel in unserer Landwirtschaft bedeuten würde. Nein, das haben wir nicht. Wir sind schließlich ein Beirat für globale Umweltveränderungen. Wir haben uns sehr stark auf die Situation in Nordrhein-Westfalen eingelassen, aber Zahlen – das sehen Sie mir bitte nach – haben wir nicht, was das bedeuten würde, auch für die 1,2 Millionen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und um die Landwirtschaft drum herum. Wir haben allerdings die ökonomischen und sozialen Seiten mit einzubeziehen, und das bedeutet, dass wir auch Partizipationsangebote machen müssen. Wir müssen gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten Konzepte entwickeln. Wir müssen also miteinander ins Gespräch kommen. Wir müssen es kooperativ durchführen, und auch einen Handlungsrahmen in Form einer Rahmensetzung muss man kooperativ angehen.

Ich bin immer ein wenig enttäuscht, wenn es heißt, es gebe nur einen großen Verband als Vertretung von Landwirtinnen und Landwirten. Erst einmal ist das nicht der einzige Verband, und außerdem braucht es eine Kooperation und Ansprache der einzelnen Landwirtinnen und Landwirte. Das kann ein Land wie Nordrhein-Westfalen auch leisten. Das ist doch gerade auf Landesebene bzw. regionaler Ebene möglich, und ich denke, dass auch auf landwirtschaftlicher Seite eine große Bereitschaft besteht, neue Konzepte partizipativ zu entwickeln. Natürlich sind diese Anpassung und diese Umkehr nicht innerhalb eines Monats oder eines Jahres möglich; das ist uns auch klar. Aber man muss es jetzt angehen, und man muss es dementsprechend unterstützen, auch von der politischen Seite her. Ich habe fast den Eindruck, dass die politische Seite nicht mutig genug ist, alle anderen aber schon auf dem Weg sind. – Vielen Dank.

Dr. Marco Springmann (Oxford Martin School): Herr Haupt, Ihre Frage, was passiert, wenn die Verbraucher der angedachten Änderung nicht folgen, wurde zum Teil schon von Frau Schlacke beantwortet. Wie gesagt, die junge Generation ist da schon viel weiter. Aber was machen wir mit der nicht mehr ganz so jungen Generation? Denn von den älteren Menschen gibt es in Deutschland und generell in Europa sehr viele. Hier bedarf es in der Tat verbraucherorientierter Politikmaßnahmen, die mit den Produktions- und landwirtschaftlichen Maßnahmen einhergehen.

Dinge, die wir immer wieder als wichtig erachten, sind nicht nur Informationen, aber Informationen sind auch wichtig, und hier bietet sich insbesondere eine Reform der Ernährungsrichtlinien und eine vernünftige Investition in diese Ernährungsrichtlinien an. Also, es bringt nichts, wenn diese irgendwo in der Schublade liegen und nicht angewandt werden. Eine Anpassung und eine vernünftige Bekanntmachung und Förderung in lokalen Schulen wären sehr wichtig.

Was wir in der Literatur über Verhaltensänderungen immer wieder lesen, ist, dass die Bereitstellung von Informationen nicht genügt, um Änderungen im Verhalten zu begünstigen. Was man in der Tat anscheinend mehr braucht, sind verschiedene Politikmaßnahmen, die auch Faktoren zum Beispiel in der Preisgestaltung mit einbeziehen. Hier bieten sich insbesondere die Bepreisung von Umwelt- und Gesundheitseinflüssen an, die gerade die Gesellschaft prägt und die der Konsument im Supermarkt oder Restaurant nicht sieht. Wenn man zum Beispiel einkaufen geht und nicht den erhöhten Fußabdruck und die damit einhergehenden Klimafolgen von Fleischprodukten sieht, dann trifft man als Konsument keine rationale Kaufentscheidung. Also, es wäre wirklich wichtig, die realen Preise anzugeben. Wenn die Leute diese Preise sehen würden – das haben wir ausgerechnet; das wären bei Rindfleisch angesichts der Klimafolgekosten 40 % mehr und bei verarbeitetem Fleisch angesichts der Gesundheitskosten sogar 100 % mehr –, wäre damit eine Veränderung beim Konsum verbunden, der sowohl nachhaltiger als auch gesünder wäre. Und wenn man mit diesen Anreizen erfolgreich wäre – auch das haben wir ausgerechnet –, würden sogar die Ernährungskosten pro Familie sinken. Gesündere und nachhaltigere Ernährungsmuster, die etwas mehr pflanzenbasiert wären, wären für Familien insbesondere in Hocheinkommensländern im Mittel sogar günstiger. Wenn man solchen preislichen Änderungen auf der Konsumseite angeht, dann adressiert man damit auch Leakage-Effekte; denn es werden sowohl Importe als auch national produzierte Nahrungsmittel besteuert. Natürlich geschieht dies mit verschiedenen Steuersätzen, je nachdem, wie viele Emissionen mit der Herstellung der Nahrungsmittel verbunden sind.

Zusammenfassend: Verbraucherinnen- und Verbraucherpolitiken sind genauso wichtig wie Produktionspolitiken, und die müssen in der Tat gemeinsam und sowohl aus der Nachhaltigkeits- als auch aus der Gesundheitsperspektive betrachtet werden. – Danke.

Michael Limburg (EIKE e. V.): Ich möchte eine Vorbemerkung machen: Wenn ich mich daran erinnern, dass Heinrich IV. seinen Landsleuten versprochen hatte, wenigstens einmal in der Woche am Sonntag ein Huhn im Topf zu haben, dann möchte ich

nicht in diese Zeit zurück, wie sie uns Herr Springmann vielleicht anempfehlen möchte. Aber davon wollte ich jetzt nicht reden.

Es ging um die Frage, was denn nun besser für die Landwirtschaft und – so kann man sie erweitern – für die Menschen und ihre Umwelt ist: wärmer oder kälter? Die Antwort ist an sich ziemlich einfach, und die Frage wird eigentlich auch jeden Tag aufs Neue beantwortet, wenn nicht gerade Coronazeiten herrschen. Warum fährt halb Europa im Winter nach Süden, wenn es geht? Weil es dort wärmer ist, weil man sich dort wohler fühlt, weil die Pflanzen dort besser wachsen. Alles, was wärmer ist, ist besser, aber in den Grenzen, die wir noch längst nicht überschritten haben.

Mit anderen Worten: Wenn man sich die Erdgeschichtliche oder – besser gesagt – die Menschheitsgeschichte anschaut, dann waren Warmzeiten immer gute Zeiten für Mensch, Tier und Pflanzen. Denken wir – Sie erwähnten es, Herr Blex – an die römische Warmzeit, so entstand in dieser Zeit die Hochkultur der Römer. Davor gab es die ägyptische Warmzeit. In dieser entstand die Hochkultur der Ägypter. Und wenn wir uns an das mittelalterliche Klimaoptimum erinnern, so explodierten um das Jahrtausend herum die Temperaturen geradezu im positiven Sinne. Die Menschen konnten sich durchgängig ernähren, und das trotz ihrer geringen Produktivitätsmöglichkeiten, Landwirtschaft zu betreiben. Die meisten Dörfer wurden gegründet. Die meisten Kirchen wurden gebaut, bis hin zu wunderbaren kulturellen Denkmälern. Das war eine Folge der Warmzeit.

Umgekehrt ist es doch so: Sobald es Kaltzeiten waren, gab es Verteilungskämpfe. Die Ernährung ging zurück. Die Pflanzen verkümmerten auf den Halmen im Sommer. Denken wir nur an die Völkerwanderung, ausgelöst durch die Kaltzeit. Denken wir an den 30-jährigen Krieg, ebenfalls zum großen Teil ausgelöst durch das mittelalterliche Klimapessimum oder die Klimakaltzeit.

Mit anderen Worten: Wärmer ist besser, auch für die Landwirtschaft oder besonders für die Landwirtschaft. Und es kommt noch ein Aspekt dazu, den ich nicht unterschlagen möchte: CO_2 ist ein hervorragendes Düngemittel, und die Holländer haben sich schon vor 120 Jahren ein Patent darauf geben lassen, in ihre Treibhäuser CO_2 einzuleiten, um die Pflanzen zu mehr Wachstum zu veranlassen. Bestimmte Pflanzen wachsen besser, insbesondere C4-Gräser, C3-Gräser nicht so gut. Aber wie man es auch dreht und wendet: Die Welt ist, seit wir mehr CO_2 in der Atmosphäre haben, unabhängig davon, wo es herkommt, grüner geworden, und damit gibt es auch mehr Landwirtschaft. Wir haben sowohl in den nördlichen Breitengraden die landwirtschaftliche Produktion ausweiten können als auch in den tiefen südlichen Breitengraden. Also, dank der CO_2-Zunahme in der Erdatmosphäre ist die Welternährung insgesamt deutlich besser geworden. Die begrünten Flächen sind seit Mitte der 80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts um 11 % gewachsen.

Was noch ein Aspekt ist: Die Erwärmung, zu der es jetzt gekommen ist, ist angenehm, ist gut, ist bestens. Wir können uns in den mittleren Breiten überhaupt nicht beklagen, aber auch in den südlichen Breiten ist das hervorragend. Was die Klimatologen insbesondere vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung immer wieder gerne anführen, ist ein Kunstgriff. Sie haben nämlich gesagt: Okay, CO_2 ergibt bei Verdoppelung im Grunde 1 Grad Celsius. – Das ist der nominale Wert, der sich aus vielerlei Formeln

errechnen lässt. Aber da das nicht ausreicht, um jemanden zu erschrecken, haben sie auch die Wasserdampfverstärkung angeführt. Sie sagen: Okay, mehr Erwärmung durch mehr CO_2 bringt mehr Verdunstung. Verdunstung ist in erster Linie Wasserdampf, und Wasserdampf verstärkt das Treibhausgas. Das führt zu mehr Verdunstung, Erwärmung usw. – Also, dieser Wasserdampfkreislauf führt zu dieser Erhöhung auf etwa 3 Grad bei Verdoppelung, von der ich vorhin gesprochen habe.

Dann haben sie einen weiteren Kunstgriff eingeführt und die sogenannten Kippelemente erfunden. Ich bin gelernter Regelungstechniker und weiß, was passiert, wenn ein System kippt, und was es dazu braucht. Das ist in der Klimageschichte der Welt noch nie passiert. Es gibt gegenläufige Elemente, die so stark sind, dass sie ein Kippen vermeiden. Diese Tipping Points – so heißt das im Englischen – werden also gerne angeführt, um zu sagen: Na ja, das kann ja so gefährlich werden, dass wir bald nicht mehr in unseren Breiten leben können, und das ist der Grund, warum wir dagegen vorgehen müssen.

Beides lässt sich in der Natur nicht finden. Beides ist in der Natur nicht nachweisbar. Trotzdem wird es geglaubt. Ich finde, man sollte sich mehr an Realitäten und weniger an Modelle und Ähnliches halten.

Also, um es kurz zu machen, lieber Herr Blex: Wärmer ist besser, kälter ist schlechter.

Vorsitzender Markus Diekhoff: Vielen Dank. – Wir haben jetzt sowohl unser vereinbartes Zeitbudget als auch die drei Runden hinter uns. Falls jetzt aber das mehrheitliche Interesse an einer vierten Runde besteht, können wir diese machen. Wer also für eine weitere Runde ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Grünen. Damit hat sich die Sache entschieden, es sei denn, alle anderen enthalten sich. Aber das wäre nicht zielführend.

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Anhörung angelangt. Wir haben viel gehört, und deshalb möchte ich noch mal allen Sachverständigen ganz herzlich danken.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und einen schönen Resttag. – Vielen Dank.

gez. Markus Diekhoff
Vorsitzender

Anlage
02.03.2021/02.03.2021
5

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission V
„Klimaschutz und nachhaltige Ressourcennutzung"

am Freitag, dem 1. Februar 2021
13.30 bis 16.00 Uhr, Plenarsaal

Tableau

Stand: 02.03.2021

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Frau Professorin Dr. Sabine Schlacke Westfälische Wilhelm-Universität Münster Münster	**Professor Dr.** **Sabine Schlacke**	**17/3560**
Herr Dr. Marco Spingmann Oxford Martin School Oxford/ Verinigtes Königreich	**Dr. Marco Springmann** - per Videozuschaltung -	**17/3538**
Herr Michael Limburg EIKE e. V. Jena	**Michael Limburg**	**17/3519**
Frau Caroline Labonte Landwirtschaftskammer NRW Köln	**Caroline Labonte**	**17/3537**
Herr Professor Dr. Jörg Michael Greef Julius-Kühn-Institut (JKI) Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen Braunschweig	**Professor Dr.** **Jörg Michael Greef** - per Videozuschaltung -	**17/3559**

WEITERE STELLUNGNAHMEN	
Herr Professor Dr. Ulrich Köpke Institut für Organischen Landbau Bonn	**17/3521**